DIE LIQUIDITÄT DER BERLINER GROSSBANKEN IN DEN JAHREN 1928 BIS 1932

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE
DER HOHEN RECHTS- UND WIRTSCHAFTS-
WISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT DER
UNIVERSITÄT ROSTOCK

VORGELEGT VON

ERICH SCHNEIDER
DIPLOMVOLKSWIRT AUS OBERSCHELD

CARL HINSTORFFS HOFBUCHDRUCKEREI / ROSTOCK
1934

Referenten: Professor Dr. Weigmann, Dr. Hohlfeld

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meiner Mutter!

Gliederung.

Seite

Einleitung: **Aufgabe, Wahl und Begrenzung der Untersuchung** 7

I. Kapitel: **Das Problem der Bankliquidität** 9

1. Begriff, Wesen und Bedeutung der Bankliquidität . 9
2. Die Jahres- und Monatsbilanzen als Ausgangspunkt für Liquiditätsuntersuchungen 11
3. Die Methoden zur Berechnung der Liquidität . . . 13
4. Die Zusammensetzung der einzelnen Ausweisposten des Zwischenbilanzschemas vom 15. März 1928 und ihre Bedeutung für die Liquidität 14

II. Kapitel: **Die Entwicklung der Liquidität der Großbanken in den Jahren 1928 bis 1932 unter dem Einfluß des Konjunkturverlaufs und der politischen Ereignisse** 25

1. Der Liquiditätsgrad vor 1928 25
2. Die Verbesserung der Liquidität im Jahre 1928, vornehmlich infolge des Konjunkturumschwungs . . . 31
3. Die Abnahme der Liquiditätsreserven infolge der Vertrauenskrise im Frühjahr 1929 34
4. Die teilweise Rückgewinnung der quantitativen, der Rückgang der qualitativen Liquidität im Laufe des Jahres 1929 36
5. Die Verminderung der Liquiditätsreserven als Folge der Vertrauenskrise in den Monaten Juli bis Oktober 1930 39
6. Die fortschreitende Entwertung der restlichen Wechselbestände und die starke Zunahme der Indossamentsverbindlichkeiten im Jahre 1930 44
7. Die Liquiditätskrise des Jahres 1931 45
8. Wiederherstellung der Liquidität? 52

III. Kapitel: **Die Liquiditätspolitik der Großbanken in kritischer Betrachtung** 56

1. Die liquiden Mittel 56

Exkurs: Zur Frage einer Erhöhung der Barliquidität 59

Fortsetzung 62

2. Die Gefahr der kurzfristigen Auslandsverschuldung für die Aufrechterhaltung der Liquidität 64
3. Die Festlegung kurzfristiger Gelder in Anlagekrediten 67
4. Die Vernachlässigung des Verhältnisses von Eigenkapital zu Fremdkapital 71

IV. Kapitel: **Saisonale Liquiditätsschwankungen in den Jahren 1928 bis 1932** 74

Zusammenfassung 80

Literaturverzeichnis.

Bersuch, Martin: Das Fremdkapital der deutschen Großbanken seit der Stabilisierung der Währung. Stuttgart 1932.

Burgeß, W. Randolph: Die Reservebanken und der Geldmarkt in den Vereinigten Staaten. Deutsch von Alfred Pagels. Berlin 1927.

le Coutre, Walter: Praxis der Bilanzkritik. Berlin u. Wien 1926.

Einsiedel, Eugen: Giralgeldschöpfung und volkswirtschaftliche Liquidität der deutschen Kreditbanken. Diss. Würzburg 1928.

Gerlich, Robert: Das Liquiditätsproblem im preußischen Sparkassenwesen und die Entwicklung der Liquiditätsverhältnisse seit der Währungsstabilisierung. Diss. Berlin 1931.

Hahn, L. Albert: Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits. Tübingen 1930.

Hansen, Max: Die Entwicklung der Kreditspanne bei den deutschen Privatbanken seit der Stabilisierung. Diss. Hamburg 1929.

Hansen, Nikolaus: Das Problem der Liquidität im deutschen Kreditbankwesen. Stuttgart 1910.

Hassenpflug, Wilhelm: Die Verschiebungen in der Liquidität der Berliner Großbanken in der Nachkriegszeit. Diss. Münster 1925. Auszug.

Huber, Eugen: Die Liquidität in neuester Zeit unter besonderer Berücksichtigung der Kreditgenossenschaften. Diss. Berlin 1926.

Kalveram, Wilhelm: Bankbilanzen, I. Teil, Leipzig 1922.

Lehmann, Fritz: Der Mechanismus des deutschen Geldmarktes (in: Festschrift für Eugen Schmalenbach) Leipzig 1933.

Leitner, Friedrich: Grundriß der Buchhaltung und Bilanzkunde, 2. Band: Bilanztechnik und Bilanzkritik. Berlin 1914.

Mises, Ludwig: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, München u. Leipzig 1924.

Obst, Georg: Das Bankgeschäft, Bd. 2: Bankpolitik, Stuttgart 1924.

v. Palyi, M.: Liquidität (in: Handwb. d. Bankwesens) Berlin 1933.

Priester, Hans E.: Das Geheimnis des 13. Juli. Berlin 1932.

Rieger, Wilhelm: Einführung in die Privatwirtschaftslehre. Nürnberg 1928.
Rösler, O.: Liquiditäts- und Anlagepolitik der Depositenbanken (im Handwörterbuch des Bankwesens. Berlin 1933).
Schmalenbach, E.: Dynamische Bilanz, Leipzig 1931.
Schweitzer, R.: Liquidität (im Handwörterbuch der Betriebswirtschaft. Stuttgart 1927).
Seegardel, Willi: Die Bilanzen der deutschen Kreditbanken 1924 bis 1930. Berlin 1930.
Spiethoff, Arthur: Krisen (im Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bd. VI, 4. Aufl. Jena 1924).
Weber, Adolf: Depositenbanken und Spekulationsbanken. Leipzig 1902.
Westphal, Ernst: Das reguläre Bankgeschäft der deutschen Kreditbanken seit der Markstabilisierung. Berlin 1932.

Zeitschriften.

Bank-Archiv.
Bankwissenschaft.
Der deutsche Ökonomist.
Der deutsche Volkswirt.
Deutsche Sparkassenzeitung.
Die Bank.
Die Wirtschaftskurve.
Magazin der Wirtschaft.
Plutus-Briefe.
Sparkasse.
The Economist.
Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung.
Wirtschaftsdienst.
Wirtschaft und Statistik.
Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung.
Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung.

Tageszeitungen.

Berliner Börsen-Zeitung.
Deutsche Allgemeine Zeitung.
Deutsche Bergwerks-Zeitung.
Frankfurter Zeitung.

Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger.
Jahresberichte, Wirtschaftsberichte u. Kursberichte der Großbanken.
Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich.

Einleitung.

Durch die Ereignisse in der Bankwelt während der letzten Jahre hat das Liquiditätsproblem erneut an Bedeutung gewonnen. Die Entwicklung seit Beginn des Konjunkturrückganges hat gelehrt, den Wert der Liquiditätszahlen, wie sie in der herkömmlichen Weise berechnet werden, immer stärker einzuschränken, und hat außerdem gezeigt, daß die Liquiditätspolitik in anderer Weise hätte gehandhabt werden müssen.

Der Verfasser hat sich daher die Aufgabe gestellt, an Hand einer historischen Darstellung der Verschiebungen in der Liquidität der Berliner Großbanken in den Jahren 1928 bis 1932[1]) die starke Abhängigkeit der Liquidität von der volkswirtschaftlichen und politischen Entwicklung darzulegen und zu untersuchen, inwieweit die sogenannten „liquiden Mittel" die von der Theorie an sie gestellten Forderungen in diesen Jahren erfüllt haben. Dazu soll vorher festgestellt werden, welche Bedeutung die Theorie den einzelnen Bilanzpositionen für die Liquidität zuschreibt. Des weiteren wird die Liquiditätspolitik der Großbanken einer Kritik unterzogen und zu zeigen versucht, an welcher Stelle die Maßnahmen der Banken hätten einsetzen müssen, wenn die Liquiditätsstörungen und die Kreditkrisen des behandelten Zeitabschnittes hätten vermieden werden sollen.

---

1) Der Verfasser bedient sich, um einen Maßstab für die Verschiebungen in der Liquidität zu haben, ebenfalls der üblichen Liquiditätsberechnungen. Er ist sich jedoch bewußt, daß mit diesen Ziffern die wirkliche Liquidität nicht erfaßt werden kann, da die Bilanzen nur Quantitäten, nicht aber auch Qualitäten zeigen.

Den im Rahmen dieser Arbeit angestellten Untersuchungen und den errechneten Liquiditätsziffern liegen die Bilanzen der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft, der Dresdner Bank, der Commerz- und Privat-Bank, der Berliner Handels-Gesellschaft und der Reichskredit-Gesellschaft zugrunde. Die Reichskredit-Gesellschaft konnte jedoch erst seit März 1928 und die Berliner Handels-Gesellschaft erst seit August 1929 Berücksichtigung finden, da diese Institute nur von den genannten Terminen an Zwischenbilanzen veröffentlichten. Am 1. Januar 1929 hat die Commerz- und Privat-Bank die Mitteldeutsche Kredit-Bank aufgenommen. Am 29. Oktober 1929 fand die Fusion der Deutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft statt, und Ende 1931 die Vereinigung der Darmstädter- und National-Bank mit der Dresdner Bank. Bis zu den genannten Terminen wurden die Bilanzen der Mitteldeutschen Kreditbank und der Darmstädter- und National-Bank zur Berechnung der Liquiditätsziffern mit herangezogen, ebenso die Bilanzen sowohl der Deutschen Bank als auch der Diskonto-Gesellschaft. Dagegen wurden die Bilanzen aller übrigen Banken, die in den Jahren 1928 bis 1932 in den vorhergenannten Berliner Großbanken aufgingen, wie des Barmer Bankvereins, bis zum Tage ihrer Aufnahme nicht berücksichtigt, da es sich ja nicht um Berliner Großbanken handelte. Die Vergleichbarkeit der Liquiditätsziffern leidet darunter nur sehr unwesentlich.

Die Begrenzung der Untersuchungen erfolgte in der Hauptsache aus Gründen der Materialbeschaffung. Nur für die Jahre 1928 bis 1932 waren die Monatsbilanzen in einheitlicher Form gegeben.

I. Kapitel.

Das Problem der Bankliquidität.

1. Begriff, Wesen und Bedeutung der Bankliquidität.

Das Wesen der Liquidität eines Unternehmens besteht darin, jederzeit Mittel bereit zu haben, die sich sofort oder in kurzer Zeit in bares Geld umwandeln lassen, damit sie zwecks Verhütung von Zahlungsschwierigkeiten zur Deckung der täglich oder in kurzer Frist fällig werdenden Verbindlichkeiten dienen können. Mises[2]) versteht unter der Liquidität eines Bankbetriebes „einen Zustand der Bankaktiven, welcher es der Bank ermöglicht, alle ihre Passiven nicht nur vollständig, sondern auch zeitgerecht einzulösen, d. h. ohne genötigt zu sein, von ihren Gläubigern etwa ein Moratorium anzusuchen".

Als Liquidität wird einerseits der Grad, in dem eine Bank über liquide Mittel verfügt und andererseits der Grad, in dem ein Sachgut oder eine rechtliche Forderung als bares Geld angesehen wird, bezeichnet[3]).

In der Literatur werden außerdem die Begriffe „volkswirtschaftliche Liquidität" und „privatwirtschaftliche Liquidität" unterschieden. Als volkswirtschaftliche Liquidität bezeichnet unter anderen Hahn[4]) die Fähigkeit der Banken eines Landes, ihre Aktiven gleichzeitig und gemeinsam

---

2) Mises, Ludwig: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, Münch. u. Leipz. 1924 S. 338.

3) Palyi, M.: Liquidität (i. Handwb. d. Bankwesens). 1. Aufl. Berlin 1933 S. 347.

4) Hahn, L. Albert: Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen 1930 S. 57 ff.

abzustoßen. Eine Liquidation der gesamten Banken ist jedoch unmöglich, wie wir auch im Laufe unserer Untersuchungen erneut feststellen werden. Im allgemeinen greift der Staat, wenn die Panik auf das ganze Bankwesen überzuspringen droht, mit entsprechenden Maßnahmen ein. Die Fähigkeit einer einzelnen Bank, ihre Aktiven abzustoßen und zum Einzug zu bringen, wird als privatwirtschaftliche Liquidität bezeichnet[5]). Der Grad der privatwirtschaftlichen Liquidität ergibt sich aus einer Untersuchung der Aktiva einer Bank im Hinblick auf ihre Realisierbarkeit. Er ist naturgemäß ein viel höherer als der Grad der volkswirtschaftlichen Liquidität, weil bei der Feststellung der letzteren die wechselseitige Aushilfe der beteiligten Banken ganz oder zum großen Teil außeracht gelassen werden muß.

Werden außerordentliche Anforderungen nur an eine einzelne Bank gestellt, so ist ein Rückgriff auf die liquiden Aktiva oft garnicht erforderlich, nämlich dann nicht, wenn die Kunden ihre Guthaben nur an andere Banken, zu denen sie größeres Vertrauen haben, überweisen lassen. Die Bank, deren Kunden ihre Gelder kündigen, wechselt in diesem Falle nur ihre Gläubiger, vorausgesetzt freilich, daß die anderen Banken stillhalten. Aber selbst wenn Barmittel abgehoben werden, wird eine Bank, falls sie in ausreichendem Maße für liquide Aktiva Sorge getragen hat, in Zeiten aufsteigender Konjunktur in der Lage sein, den Anforderungen ihrer Gläubiger nachzukommen. Ob es aber überhaupt darauf ankommt, über möglichst große Summen sogen. „liquider Mittel" zu verfügen, oder ob die Liquiditätspolitik vielleicht auch — und zwar vornehmlich — andere Gesichtspunkte verfolgen kann und muß, wird sich im Laufe der Untersuchungen herausstellen. Sollte es mehr auf das erstere ankommen, so hängt die zu fordernde Höhe der liquiden Anlagen weitgehend von Erfahrung, Tradition und nicht zuletzt von der Struktur und den Aufgaben der verschiedenartigen Bankinstitute ab.

5) Ebenda. — Hahn unterscheidet eine volkswirtschaftliche und privatwirtschaftliche Liquidität allerdings nur im Rahmen einer bargeldlosen Wirtschaft.

Eine volle Bardeckung ihrer Verbindlichkeiten kann von den Banken nicht gefordert werden. Sie wollen nämlich wie jeder andere Kaufmann einen Gewinn erzielen. Das läßt sich aber nicht erreichen, wenn die Banken die eingezahlten Gelder nicht wieder ausleihen und einen Teil sogar in illiquiden Werten anlegen dürfen. Ein solches Verbot ist auch garnicht erforderlich, da es eine erfahrungsgemäß festgestellte Tatsache ist, daß — von besonderen Krisen abgesehen — nicht alle Gelder gleichzeitig von den Gläubigern einer Bank gekündigt werden. In der Regel genügt es, wenn ein Teil der Verbindlichkeiten in flüssigen Werten angelegt ist. Das richtige Verhältnis der flüssigen Mittel zu den Verbindlichkeiten kann für die verschiedenen Bankinstitute nur empirisch gefunden werden.

2. Die Jahres- und Monatsbilanzen als Ausgangspunkt für Liquiditätsuntersuchungen.

Liquiditätsuntersuchungen müssen ausgehen von einer ziffernmäßigen Errechnung des Liquiditätsverhältnisses an Hand der Jahres- bzw. Monatsbilanzen. Diesen errechneten Verhältniszíffern ist jedoch keine allzugroße Bedeutung beizulegen, da sie nur die quantitative, nicht aber die qualitative Liquidität zum Ausdruck bringen. Verwertbar sind sie aber immerhin, besonders wenn man sie für eine Reihe von Jahren auf gleiche Weise errechnet, miteinander vergleicht und so ein Urteil über die Entwicklung des Liquiditätsgrades gewinnt. Wer nur die Veränderungen der Liquidität feststellen will, kann sich also mit den starren Bilanzzahlen, mit der Errechnung der quantitativen Liquidität begnügen. Über die tatsächliche Liquidität aber sagen diese Zahlen nur wenig aus. Die Liquidität einer Bank kann sehr wohl günstiger, in den meisten Fällen wohl ungünstiger sein als die errechneten Ziffern zeigen. Bei frisierten Bilanzen kann sich eine gute quantitative Liquidität errechnen lassen, während die tatsächliche vielleicht sehr schlecht ist. Soll die qualitative Liquidität festgestellt werden, so muß eine materielle Prüfung der

Bilanzzahlen vorgenommen werden. Die Bilanz kann daher immer nur Ausgangspunkt, nicht alleinige Grundlage für Liquiditätsuntersuchungen sein.

Allerdings lassen sich solche Untersuchungen über den Rahmen der veröffentlichten Bilanzen hinaus nur in sehr geringem Umfange anstellen, da die Banken genauere Angaben über die qualitative Zusammensetzung der einzelnen Ausweisposten vermissen lassen und persönliche Informationen auf Widerstand stoßen. Es läßt sich z. B. nicht feststellen,

1. in welcher Höhe der Wechselbestand rediskontfähiges Material enthält;
2. inwieweit er aus bereits prolongierten Wechseln besteht;
3. ob die ausgewiesenen Wechsel lediglich Finanzwechsel sind oder tatsächliche Warenumsätze als Unterlage haben;
4. in welcher Höhe der Effektenbestand aus noch nicht voll eingezahlen Wertpapieren besteht und
5. in welcher Höhe der Effektenbesitz gar verpfändet ist.

Es fehlen:

6. Angaben über die Größenzusammensetzung der von der Bank eingeräumten Wechselobligos, ebenso
7. über die Größenzusammensetzung der gewährten Einzelkredite [6]) und
8. über die Branchenzusammensetzung dieser Kredite [6]).

Alle diese Angaben wären aber zur Feststellung der wahren Liquidität unbedingt erforderlich. Vor allem wichtig ist die Größenzusammensetzung der Debitoren und der Kreditoren, denn durch die Verteilung des zur Verfügung stehenden Kreditvolumens auf eine kleine Anzahl von Schuldnern wird die Liquidität ebenso gefährdet wie in dem Falle, wo die hereingenommenen Gelder auf beträchtlichen Einlagen weniger Gläubiger beruhen. Sobald bei einem solchen Anlagesystem

6) Die Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft macht als einzige in ihren Geschäftsberichten für 1931 und 1932 hierüber einige Angaben.

ein einziger Schuldner ausfällt oder ein einziger Gläubiger seine Gelder kündigt, wird die Liquidität oft derartig gering, daß die unmittelbare Zahlungseinstellung unvermeidlich ist [7]).

Selbstverständlich dürfen sich Liquiditätsuntersuchungen auch nicht auf eine Gegenüberstellung der als liquide geltenden Posten mit den Verbindlichkeiten beschränken. Vielmehr sind alle Aktiv- und Passivposten einzubeziehen. Die Indossamentsverbindlichkeiten, die seit 1928 in den Zwischenbilanzen angegeben werden, müssen unter anderem Berücksichtigung finden, und das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital verdient größte Beachtung.

Auch die Frage der Eigenliquidität der Filialen spielt eine Rolle. Meist werden allerdings die Filialen für ihre Liquidität selbst Sorge tragen, weil sie ihrer Zentrale, wenn diese ihnen liquide Mittel zur Verfügung stellt, die Liquiditätskosten ersetzen müssen, ebenso wie umgekehrt die Zentrale den Niederlassungen, welche für eine mehr als durchschnittliche Eigenliquidität sorgen, die dadurch entstehenden Kosten vergütet.

3. Die Methoden zur Berechnung der Liquidität.

Die Methoden der Liquiditätsberechnung weichen nicht unwesentlich voneinander ab. In der vorliegenden Arbeit werden die Positionen „Kasse" und „Notenbankguthaben" als liquide Mittel erster Ordnung, „Wechsel" und „Nostroguthaben" als liquide Mittel zweiter Ordnung und die „Reports und Lombards", „Warenvorschüsse" und „börsengängige Wertpapiere" als liquide Mittel dritter Ordnung bezeichnet [8]). Die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten

7) Gold, Ernst-Adolf: Die Bankinsolvenzen seit der Stabilisierung und ihre Ursachen (Ztschr. f. Handelswissenschaftl. Forschung 1931 S. 464).

8) In der Literatur werden oft nur liquide Mittel erster und zweiter Ordnung unterschieden. Die in dieser Arbeit als liquide Mittel erster und zweiter Ordnung bezeichneten Positionen werden dort zusammengefaßt als liquide Mittel erster Ordnung, womit aber nicht gesagt sein soll, daß ihr Liquiditätsgrad der gleiche sei.

(Kreditoren + Akzepte) durch liquide Mittel erster Ordnung ergibt dementsprechend die Liquidität ersten Grades oder die Barliquidität, die Deckung durch liquide Mittel erster und zweiter Ordnung die Liquidität zweiten Grades und schließlich die Deckung durch liquide Mittel erster, zweiter und dritter Ordnung die Liquidität dritten Grades.

Teilweise wird bei Liquiditätsberechnungen die Position „sonstige Passiva" mit einbezogen, zu den liquiden Mitteln ein bestimmter Prozentsatz der „Debitoren" hinzugerechnet und ein Teil des Wechselbestandes als illiquide in Abzug gebracht. Es fragt sich jedoch, wie hoch diese Anteile bemessen sein sollen. Ihre Bestimmung kann nur eine willkürliche sein, solange die Banken keine detaillierten Angaben über die Zusammensetzung der „Debitoren" und „Wechsel" machen.

Wollte man ganz exakt sein, so müßten die Verbindlichkeiten um diejenigen Beträge erhöht werden, welche die Banken für Gehälter, Steuern u. ä. benötigen, Beträge, die in der Bilanz garnicht erscheinen, für die aber ebenfalls flüssige Mittel bereit gehalten werden müssen.

4. Die Zusammensetzung der einzelnen Ausweisposten des Zwischenbilanzschemas vom 15. März 1928 und ihre Bedeutung für die Liquidität.

Im folgenden [9]) sollen nunmehr die einzelnen Positionen des Zwischenbilanzschemas vom 15. März 1928 auf ihre Zusammensetzung und ihre Bedeutung für die Liquidität hin untersucht werden. Das Zwischenbilanzschema vom 15. März 1928 hat gegenüber dem früheren eine wesentliche Verbesserung erfahren, wenn auch bei weitem noch nicht alle

9) Vgl. hierzu die Richtlinien für die Aufstellung der Zwischenbilanzen auf Grund der Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 10. März 1928 (Reichsanzeiger Nr. 64, vom 15. III. 1928) und Art.: Bankzwischenbilanzen (Plutus-Briefe 1928 Nr. 6 S. 177 ff.). Im übrigen beruhen die Ausführungen dieses Abschnittes auf mündlichen Informationen.

Forderungen erfüllt sind, die an die Monatsbilanzen im Interesse erfolgreicher Liquiditätsuntersuchungen gestellt werden müssen.

Der Posten „Kasse, fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendenscheine" enthält kursfähiges deutsches Geld zuzüglich Gold in Barren, kursfähiges ausländisches Geld und bereits fällig gewordene [10]) Zins- und Dividendenscheine.

Die „Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-(Clearing-)Banken" enthalten Guthaben der Banken bei dem Zentralnoteninstitut, den vier Notenbanken der Länder Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg und Guthaben bei den Postscheckämtern und inländischen Abrechnungsbanken [11]). Guthaben bei ausländischen Noten- und Clearing-Banken dürfen nur soweit aufgenommen werden, wie ausländische Zweiganstalten deutscher Banken sie bei Noten- und Clearing-Banken ihres Landes als Abrechnungs- oder Kassenreserve halten.

Die beiden Positionen „Kasse" und „Notenbankguthaben" enthalten die Reserven der Banken an baren und giralen Zahlungsmitteln. Da die fremden Geldsorten jederzeit in deutsches Geld umgetauscht werden können, kommt ihnen der gleiche Liquiditätsgrad zu wie diesem. Der Anteil der Zins- und Dividendenscheine wird in der Regel den weitaus geringeren Teil des Postens „Kasse, fremde Geldsorten etc." ausmachen [12]). Aus diesem Grunde wird sich trotz vielleicht geringerer Liquidität eine Abtrennung erübrigen. Den Notenbankguthaben wird die absolut gleiche Liquidität zugesprochen wie den baren Zahlungsmitteln. Die Guthaben bei Abrech-

---

10) Das sind solche Zins- und Dividendenscheine, die bei den Zahlstellen bereits eingelöst werden.

11) Darunter sind solche Banken zu verstehen, bei denen die Ergebnisse aus der Abrechnung einer gemeinsamen Abrechnungsstelle von Bankfirmen endgültig verbucht werden. Hierher gehören z. B. Guthaben bei der Bank des Berliner Kassenvereins.

12) Lediglich an den Fälligkeitsterminen der Kupons verschiebt sich das Verhältnis zu Gunsten der Zinsscheine.

nungsbanken sind vielleicht nicht ganz auf die gleiche Stufe zu stellen. Sie wären als weniger liquide vorteilhafter unter den Nostroguthaben zu verbuchen.

Mit zunehmender Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs sind die Banken mehr und mehr dazu übergegangen, nur wenig bare Kasse zu halten. Im Krisenfall können daher den Barreserven nur geringe Mittel entnommen werden, da sie sich mit Rücksicht auf den normalen Bargeldbedarf nur unwesentlich reduzieren lassen.

Bei der Feststellung der Barliquidität erübrigt sich eine Untersuchung über die Qualität der ausgewiesenen Beträge, da es sich bei diesen um notales Geld oder doch um Summen handelt, die unter allen Umständen in notales Geld umgewandelt werden können. Die Barliquidität ist daher eine reine Quantitätsfrage.

Die Position „Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen" wird aufgegliedert in:

a) Schecks und Wechsel (mit Ausschluß von b bis e),
b) unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel des Reichs und der Länder,
c) eigene Akzepte,
d) eigene Ziehungen,
e) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank.

Unter b) wird neben der Gesamtsumme der Betrag der bei der Reichsbank rediskontablen Schatzanweisungen und Schatzwechsel gesondert ausgewiesen. (Sehr bedauerlich ist es, daß dies nicht auch unter a) geschieht.) Der Posten „eigene Akzepte" soll die in gegenseitigem Austausch mit anderen Banken zurückerworbenen oder mit dem Giro des Kunden, der das Akzept ursprünglich nachgesucht hat, versehenen, von der Bank zurückgekauften Akzepte enthalten. Unter „eigene Ziehungen" sind Wechsel zu verstehen, bei denen die Bank Aussteller, unter „Solawechsel der Kunden" solche, bei denen die Bank Remittent ist.

Der Wechselbestand gilt als einer der wichtigsten Liquiditätsgaranten. Er bildet das Rückgrat der Bankliquidität.

Es handelt sich hier nämlich einmal um eine Anlage, die sich fortlaufend und automatisch in Barmittel auflöst. Zum anderen ist der Wechsel infolge seiner leichten und formlosen Zession ein hervorragend geeignetes Papier der Kreditbeschaffung bei anderen Banken. Wenn also auch der Wechselschuldner erst nach drei Monaten zur Deckung seiner Schuld durch Abstoßen der gegen Wechsel bezogenen, in der Bearbeitung befindlichen Produkte gezwungen werden kann, so ist die Bank doch stets zur Liquidierung ihres Forderungsrechtes in der Lage, weil dieses selbst einen Markt besitzt, und vor allem auch von den Zentralbanken genommen wird[13]). Allerdings können nicht alle Wechsel bei der Notenbank rediskontiert werden. Die Rediskontbereitschaft für Reichsschatzwechsel ist durch Gesetz auf 400 Mill. RM. beschränkt. Neben den besonders ausgewiesenen nicht rediskontablen Reichsschatzwechsel enthält auch der übrige Wechselbestand Papiere, die den Vorschriften der Reichsbank nicht entsprechen und aus diesem Grunde nicht vor dem Fälligkeitstermin flüssig gemacht werden können. Eigene Akzepte, eigene Ziehungen und Solawechsel sind hinsichtlich ihrer Liquidität gering zu bewerten. Falls eigene Akzepte bei der Reichsbank rediskontiert würden, müßte die Bank sie bei Fälligkeit selbst wieder einlösen. Unter den eigenen Ziehungen verbergen sich sehr oft faule Debitoren, die durch ein Kundenakzept in Wechselform umgewandelt worden sind; das bietet der Bank den Vorteil, daß der Schuldner nunmehr wechselmäßig haftet. Solawechsel der Kunden an die Order der Bank können bei der Reichsbank schon aus dem Grunde nicht rediskontiert werden, weil die dritte Unterschrift fehlt.

Der Wechselbestand enthält auch Devisen, die für die Liquiditätspolitik insofern eine große Bedeutung haben, als sie gemeinsam mit den Nostroguthaben bei ausländischen Banken die wichtigste Liquiditätsreserve der deutschen Institute für die Auslandsverbindlichkeiten bilden und von der Reichsbank jederzeit, gerade auch in Zeiten einer Kreditrestriktion, rediskontiert werden.

13) Hahn, L. Albert: a. a. O. S. 60.

Wie wir sehen werden, kann der Wechselbestand nur solange als ein besonders liquides Aktivum gelten, als Rediskontmöglichkeiten bestehen und das vorhandene Material rediskontfähig ist. Die Summe des Wechselbestandes besagt allein nichts, es kommt auf die Qualität der Wechsel an. In schlechten Zeiten werden aus vielen ursprünglich guten Handelswechseln uneinlösbare und unverwertbare Prolongationswechsel. Sie sind nicht liquider als ein eingefrorener Debitor. Die in Zeiten der Krise in Wechselkredite umgewandelten Kontokorrentkredite haben ebenfalls hinsichtlich ihrer Liquidität geringeren Wert.

Die auf dem Wechselkonto verbuchten Schecks sind für liquider anzusehen als die Wechsel, da ihre Einlösung sofort verlangt werden kann und nicht wie beim Wechsel — von der Rediskontierbarkeit abgesehen — an den Fälligkeitstermin gebunden ist.

Unter „Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeit bis zu drei Monaten“ versteht man, wie der Zusatz „Nostro“ besagt, nur solche Guthaben, die für die Bank eine auch bei längerfristiger Hingabe jederzeit realisierbare Reserve bei anderen Kreditinstituten darstellen. Soweit diese Guthaben eine Fälligkeit von mehr als drei Monaten haben oder soweit sie darauf beruhen, daß andere Banken auf ihr Ersuchen hin feste Darlehen bekommen haben, sind sie als weniger liquide unter den Debitoren zu verbuchen.

Eine Anlage bei anderen Geldinstituten kann in normalen Zeiten als unbedingt liquide gelten. Sie verliert aber, wie sich zeigen wird, ihre Bedeutung, wenn sich in Zeiten außerordentlicher Krisen die Anforderungen des Publikums an alle Banken in gleicher Weise richten.

Bei der Position „Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere“ handelt es sich um die Beleihung von Wertpapieren, die an den Börsen des In- und Auslandes notiert werden. Es sind hier neben den Reports nur voll gedeckte Lombards aufzunehmen, d. h. nur

feste, nicht in laufender Rechnung gegebene Kredite, die auf bestimmte Zeit gegen bestimmte Effekten zu einem festen Zinssatz gewährt sind. Alle Kredite gegen Wertpapierdeckung, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, gehören unter die Debitoren. Vor allem die Befristung läßt die Reports und Lombards liquider erscheinen als Kredite in laufender Rechnung. Mit der Rückzahlung der Reports und Lombards zum vereinbarten Termin kann in der Regel gerechnet werden. Sie sind jedoch nicht in dem gleichen Grade liquide wie beispielsweise die Wechsel. Die Banken können nämlich die ausgeliehenen Beträge nicht vor Ablauf der Fälligkeit zurückverlangen, während bei den Wechseln die Rediskontmöglichkeit besteht. Für flüssiger als die Lombards gelten meist die Reports. Ich bin jedoch der Ansicht, daß im allgemeinen die Lombards liquider sind, da sie auch täglich fällige Gelder enthalten, während die Reports meist auf 4 Wochen, oder soweit ein Mediogeschäft besteht, auf halbe Monatsfrist ausgeliehen werden.

Unter die „Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren“ gehören in erster Linie die handelsüblich bis zu einigen Monaten gegebenen sogenannten Rembourskredite, die durch bestimmt bezeichnete Warenmengen bzw. durch die entsprechenden Fracht- oder Lagerscheine dinglich sichergestellt sind. Sie können allerdings auch anderweitig gedeckt, ja sogar völlig ungedeckt sein. Andere Warenkredite dürfen nur soweit hier verbucht werden, als sie durch Verpfändung bestimmter marktgängiger Waren unter der Voraussetzung gesichert sind, daß für sie — ebenso wie für die Rembourskredite — nach der Art des Geschäftes die Gewähr gegeben ist, daß sie sich aus seiner Abwicklung heraus in einigen Monaten automatisch abdecken. Warenkredite, die diesen Erfordernissen nicht entsprechen, insbesondere Dauerkredite, dürfen hier nicht erscheinen, selbst wenn sie durch Warenverpfändung oder Übereignung gesichert sind. Sie gehören unter die Debitoren.

Bei der Position „eigene Wertpapiere“ ist eine Gliederung nach dem Grade ihrer Liquidität vorgenommen in

a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Länder,
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere,
c) sonstige börsengängige Wertpapiere,
d) sonstige Wertpapiere.

„Börsengängig" soll heißen, daß es sich hier um Wertpapiere handelt, die an den Börsen des In- und Auslandes notiert werden. Die unter d) ausgewiesenen Papiere werden an der Börse nicht notiert. Sie können daher nicht mehr als liquide Mittel bezeichnet werden. Bei ausländischen Zentralnotenbanken beleihbare Papiere dürfen nur soweit aufgenommen werden, als sie von solchen Zweiganstalten deutscher Banken gehalten werden, die sich im Lande der betreffenden Zentralnotenbank befinden.

Wir werden sehen, daß auch die Liquidierbarkeit der Effekten in dem Augenblick unmöglich ist, wenn alle Bankinstitute gleichzeitig genötigt werden, ihre Bestände abzustoßen. Aber auch die einzelne Bank kann bei plötzlich auftretenden Anforderungen von Seiten ihrer Gläubiger größere Effektenverkäufe ohne Kursverluste nur vornehmen, wenn sich ihre Effektenbestände aus Papieren der verschiedensten Arten und Gattungen zusammensetzen. Wenn in Krisenzeiten gar die Börsen geschlossen werden, und wenn auch eine Lombardierung der Effekten bei der Reichsbank nur in sehr geringem Umfang möglich ist, da die Lombards nicht als Notendeckung dienen [14]), kann von einer Liquidierbarkeit des Effektenbestandes nicht mehr die Rede sein, zumal in kritischen Zeiten das Publikum erwartet, daß die Banken eher Stützungskäufe vornehmen, anstatt sich zu entlasten. Emissionsreife Papiere

---

14) Aus diesem Grunde sah sich die Reichsbank während der Kreditkrise des Jahres 1931 gezwungen, die Spanne zwischen Diskont- und Lombardsatz zeitweise von 1 auf 5 % heraufzusetzen. Nach dem „Gesetz über die Änderung des Bankgesetzes vom 30. August 1924" vom 17. Oktober 1933 gelten auch die Lombardforderungen der Reichsbank als bankmäßige Notendeckung.

müssen in Krisenzeiten ins Depot genommen werden, Debitoren werden teilweise in Aktien umgewandelt. Das Effektenportefeuille der Banken wächst daher oft gerade in der Krise stark an. Die Errechnung der quantitativen Liquidität allein könnte also wieder ein völlig falsches Bild ergeben, denn alle diese Effekten sind ja unverkäuflich. An die Stelle eingefrorener Debitoren sind unverwertbare Aktienpakete getreten.

Hat eine Bank Bankaktien in dauerndem Besitz, so ist die Einreihung solcher Beteiligungen unter „eigene Wertpapiere" nicht zulässig. Diese Aktienpakete müssen vielmehr als nicht liquide Anlage unter der Position „dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen" gesondert ausgewiesen werden.

Die „Debitoren" gelten ebenso wie die „Konsortialbeteiligungen" und die nicht börsengängigen Wertpapiere als illiquide, denn der Gegenwert der Debitoren ist zum größten Teil in Sachwerten angelegt, die nur unter großen Verlusten in Notzeiten veräußert werden können. Das würde aber die Wirtschaftslage nur weiter verschlechtern. Die Debitoren bestehen zum weitaus größten Teil aus auf längere Zeit gewährten Krediten, die auf Monate hinaus nicht flüssig gemacht werden können, es sei denn, daß sie in Wechselkredite umgewandelt werden und auf diese Weise eine Rediskontmöglichkeit entsteht.

Ganz generell läßt sich natürlich nicht sagen, der Debitorenbestand sei illiquider als die bisher behandelten Positionen. Es kann vorkommen, daß er im Gegenteil vielleicht liquider ist als selbst der Wechselbestand, nämlich dann, wenn dieser zum großen Teil aus nichtreichsbankfähigem Material und aus Prolongations- und Protestwechseln besteht. Ein Teil der erstklassigen Debitoren hat sicherlich den Charakter von flüssigen Mitteln dritten Grades [15]), und daher wird auch eine Ungenauigkeit bei den Liquiditätsberechnungen kompensiert, die

---

15) Nach Bezeichnung Kalverams zweiten Grades.

etwa aus einer Einbeziehung von zu Protest gehenden Wechseln oder schwer realisierbaren Effekten entsteht[16]).

Die übrigen Positionen der Aktiv-Seite, die langfristigen Ausleihungen gegen hypothekarische Sicherung oder gegen Kommunaldeckung, die Bankgebäude und sonstigen Immobilien sind als völlig illiquide anzusehen. Aber auch die normalerweise liquiden Aktiva sind, wie sich zeigen wird, nur dann verwertbar, wenn sich ein Käufer für sie findet. Liquiditätsuntersuchungen müssen daher immer die jeweilige volkswirtschaftliche Lage berücksichtigen.

Größte Bedeutung bei Untersuchungen über die Liquidität einer Großbank verdient auch das Verhältnis des Eigenkapitals zum Fremdkapital. Das Eigenkapital muß einen ausreichenden Garantiefonds für die fremden Gelder bilden und zur Anlage von Mitteln in illiquiden Werten, wie z. B. Bankgebäuden und dauernden Beteiligungen, dienen, für die das Fremdkapital unter keinen Umständen herangezogen werden darf. Unter das Eigenkapital fallen auch die Reserven.

Das Fremdkapital wird in der Hauptsache durch die Position „Kreditoren" verkörpert. Im Zwischenbilanzschema ist diese gegliedert in:

a) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite,
b) deutsche[17]) Banken, Bankfirmen, Sparkassen und sonstige deutsche Kreditinstitute und
c) sonstige Kreditoren.

Position a) enthält diejenigen Kredite, die von dem Kunden für Rechnung der eigenen Bank bei anderen Banken nachgesucht wurden, weil aus irgendwelchen Gründen der Kunde den Kredit nicht bei der Bank selbst, sondern bei einem anderen in- oder ausländischen Institut in Anspruch nehmen wollte. Eine besonders flüssige Anlage erfordert die Position b), da diese Guthaben sehr stark fluktuieren, was sich auch besonders wahrend der Juli-Krise gezeigt hat. Die hier aus-

16) Kalveram, Wilhelm: Bankbilanzen, I. Teil Leipzig 1922 S. 118.

17) Die Guthaben ausländischer Banken werden unter c) verbucht.

gewiesenen Guthaben bildeten die Liquiditätsreserven kleinerer Banken, die während der Krise in größtem Umfange abgefordert wurden. Unter b) werden auch die bei der Reichsbank aufgenommenen Lombarddarlehen verbucht.

Ferner werden die Kreditoren nach ihrer Fälligkeit gegliedert in:

1. solche, die innerhalb 7 Tagen,
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten und
3. nach mehr als 3 Monaten fällig sind.

Bei Liquiditätsuntersuchungen muß die verschiedene Fälligkeit der Verbindlichkeiten unbedingt Berücksichtigung finden. In kritischen Zeiten wird der Hauptstoß gegen die Bank von jenen Einlegern geführt, denen ein Recht auf jederzeitige Rückzahlung ihres Guthabens garantiert wurde. Deshalb ist nach Ansicht Kalverams[18]) die Gegenüberstellung der sofort fälligen Verbindlichkeiten und der stets verfügbaren Guthaben, d. h. der liquiden Aktiva erster und zweiter Ordnung[19]) zu den innerhalb 7 Tagen fälligen Verbindlichkeiten von besonderer Bedeutung. In der Regel werden allerdings die Banken gezwungen sein, bei Bedarf auch länger als täglich befristete Guthaben sofort auszuzahlen, um ihr Ansehen und ihre Kreditwürdigkeit zu wahren.

Die dritte Position der Passivseite, die für die Liquidität Bedeutung hat, ist die Position „Akzepte". Sie enthält Verpflichtungen, die der Bank daraus entstehen, daß sie einen Kunden auf sich hat ziehen lassen, um diesem einen billigeren Kredit als den gewöhnlichen Kontokorrentkredit zu verschaffen[20]). Außerdem enthält der Posten „Akzepte" Verpflich-

---

18) a. a. O. S. 117.

19) Nach Bezeichnung Kalverams erster Ordnung.

20) Die Wechsel der Bankkunden erlangen auf diese Weise Privatdiskontfähigkeit. Da der Privatdiskontsatz gewöhnlich niedriger liegt als der offizielle Satz und die Bank nur eine geringe Provision verlangt (sie ist hierzu in der Lage, da sie bei dieser Kreditform für die Kreditgewährung keiner Mittel bedarf, die sie selbst verzinsen muß), bekommt der Kunde diesen Kredit relativ billig. Er wird jedoch nur guten Kunden gewährt, die große Um-

tungen, die die Bank im Zusammenhang mit der Finanzierung des Handels, und zwar vornehmlich des Außenhandels, für ihre Kunden eingeht, und schließlich die noch nicht eingelösten Schecks.

Durch eine Ausdehnung des Akzeptumlaufs ergibt sich bis zu einem gewissen Grade für die Banken bei plötzlich auftretenden Krisen die Möglichkeit, die Anforderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen, ohne liquide Aktiva flüssig machen zu müssen.

Weniger Bedeutung für Liquiditätsuntersuchungen hat die Position „Langfristige Anleihen bzw. Darlehen", da diese, wie ja die Bezeichnung sagt, auf lange Sicht gewährt sind, ihre Rückzahlung innerhalb kurzer Frist also nicht gefordert werden kann.

Der Posten „Sonstige Passiva" enthält diejenigen Verpflichtungen, die nicht in die übrigen Passivposten einzureihen sind, z. B. noch nicht abgehobene Dividenden. Die Reichsbank sieht streng darauf, daß dieser Posten nicht zu stark anwächst.

In den Monatsbilanzen werden schließlich noch die für Liquiditätsuntersuchungen wichtigen Indossamentsverbindlichkeiten ausgewiesen, d. h. die wechselrechtlichen Eventualverbindlichkeiten aus weitergirierten, nicht aber aus lombardierten und in Pension gegebenen Wechseln.

Wir haben damit alle Bilanzpositionen behandelt, die im Rahmen dieser Arbeit interessieren. Inwieweit nun die besprochenen sogenannten „liquiden Mittel" in der Krise die an sie gestellten Forderungen erfüllt haben, werden die folgenden Untersuchungen ergeben.

---

sätze tätigen und bei denen die Gewähr gegeben ist, daß sie vor Fälligkeit des Wechsels für Deckung sorgen.

II. Kapitel.

Die Entwicklung der Liquidität der Großbanken in den Jahren 1928 bis 1932 unter dem Einfluß des Konjunkturverlaufs und der politischen Ereignisse.

1. Der Liquiditätsgrad vor 1928.

Die Kreditorenziffern der Berliner Großbanken stiegen nach der Stabilisierung sehr stark an. Die Sparer hielten es nun nicht mehr für nötig, Sachwerte anzuschaffen, sondern sie brachten ihre Ersparnisse wieder zu den Banken. Vor allem flossen aber in größtem Umfange ausländische Gelder nach Deutschland. Die stärkste Zunahme zeigten die Kreditoren seit dem Konjunkturumschwung Mitte 1926. Die fremden Gelder der Filialgroßbanken[21]) betrugen nach den Bilanzen:

per Ultimo Dezember	1925	4514	Mill. RM.
„ „ „	1926	5960	„ „
„ „ „	1927	7493	„ „

Hieran waren die Auslandskreditoren nach Angaben Westphals[22]):

1925	mit	1030	Mill. RM.
1926	„	1450	„ „
1927	„	2640	„ „

beteiligt.

---

21) Alle die auf Seite 8 genannten Großbanken mit Ausnahme der Berliner Handelsgesellschaft und der Reichskredit-Gesellschaft.

22) Westphal, Ernst: Das reguläre Bankgeschäft der deutschen Kreditbanken seit der Markstabilisierung, Berlin 1932 S. 36.

Die fremden Gelder wurden in diesen Jahren dazu verwendet, um ein großzügiges industrielles Rationalisierungs- und Meliorationsprogramm durchzuführen, d. h. sie wurden zum großen Teil langfristig angelegt. Die Debitoren zeigten in den Jahren 1925 bis 1927 eine Zunahme um über 2000 Mill. RM. (von 1478 Mill. RM. Ende Dezember 1924 auf 3796 Mill. RM. Ende 1927). Dagegen wiesen die liquiden Anlagen (Wechsel, Nostroguthaben, Warenvorschüsse und Wertpapiere) eine verhältnismäßig sehr geringe Zunahme auf. Die Banken gaben in jenen Jahren den langfristigen Kundschaftskrediten, die höhere Zinseinnahmen brachten, den Vorzug. Die Folge war, daß sich die Liquidität bereits in diesen Jahren dauernd verschlechterte, allerdings zunächst nur die zweiten Grades. Die Liquidität dritten Grades dagegen zeigte, vor allem für das Jahr 1926, noch eine erhebliche Verbesserung [23]). Zurückzuführen war dies in der Hauptsache auf eine Zunahme der „Reports und Lombards" um rund 800 Mill. RM. bis zum April des Jahres 1927 (Reports und Lombards betrugen Ende Dezember 1924 42 Mill. RM., Ende April 1927 857 Mill. RM.).

Die Position „Reports und Lombards" ist außerordentlich stark von Konjunktureinflüssen abhängig. Die Untersuchungen Spiethoffs [24]) haben ergeben, daß am Ende des Aufschwungs eine Abnahme der Kapitalanlage einsetzt, die sich in der ersten Phase der Stockung, im Niedergang, verstärkt, um in der zweiten Phase der Stockung, dem ersten Anstieg, allmählich ihr Ende zu finden. In der ersten Phase des Aufschwungs vermehrt sich dann die Kapitalanlage, namentlich in Aktien, erheblich. Wenn also während des Rückganges der Konjunktur die Kapitalanlage nachläßt und damit der Börsenverkehr zu stagnieren beginnt, so kann in solchen Zeiten ein Rückgang der „Reports und Lombards" und umgekehrt im Aufschwung eine Vermehrung nicht überraschen.

---

23) Vgl. Tabelle I auf Seite 28 und Tabelle II auf Seite 29.
24) Vgl. Spiethoff, Arthur: Krisen i. Hdwb. d. Staatswissenschaft. IV. Aufl. Jena 1924 Bd. VI S. 38.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1926 setzte nun vor allem infolge des englischen Kohlenstreiks ein starker Aufschwung ein, der sich sofort an der Börse auswirkte. Man erhoffte höhere Dividenden und nutzte die billigen Kredite zu Effektenankäufen aus. Hinzu kam, daß um die Jahresmitte der französische Franken ins Gleiten geriet und aus diesem Grunde zum Zwecke der Valutasicherung Käufe deutscher Aktien erfolgten. Durch die Käufe des Auslandes wurde die inländische Spekulation noch stärker angeregt. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund trug dazu bei, die Haussestimmung zu erhöhen [25]). Das durchschnittliche Kursniveau für Aktien hatte sich von 66,77 % im Dezember 1925 (Monatsdurchschnitt) auf 140,04 % im Dezember 1926 erhöht [26]). Die Großbanken kauften nun Wertpapiere für eigene Rechnung. Das geht aus einer geringen Zunahme der ausgewiesenen Bestände hervor. Der Liquiditätswert der Effekten erhöhte sich vor allem infolge der Kurssteigerungen. Da die Wertpapiere zum Einstandspreis in die Bilanz eingesetzt wurden, kommt dies in den errechneten Liquiditätszahlen nicht zum Ausdruck.

Die „Effekten-Konjunktur" des Jahres 1926 führte weiterhin zu einer Erhöhung der „Reports und Lombards" von 122 Mill. RM. am 31. Dezember 1925 auf 718 Mill. RM. am 31. Dezember 1926. Die Liquidität dritten Grades konnte sich daher im Laufe des Jahres 1926 gegenüber dem Jahre 1925 beträchtlich verbessern, obwohl die Liquidität zweiten Grades im Jahre 1926 zurückging.

Stellen wir die Liquidität zweiten und dritten Grades für die Jahre 1925 und 1926 einander gegenüber, so ergeben sich folgende Zahlen:

---

25) Westphal, Ernst: a. a. O. S. 134 f.
26) Stat. Jb. 1926 S. 336; 1927 S. 372/73.

Tabelle I. [27])

Liquidität zweiten Grades[28]).

(Kasse, Notenbankguthaben, Wechsel und Nostroguthaben in % der Kreditoren und Akzepte.)

Monat	1925	1926
Februar	43,6 %	41,6 %
April	42,9 %	42,1 %
Juni	42,9 %	44,1 %
August	41,3 %	41,0 %
Oktober	41,2 %	40,1 %
Dezember	45,1 %	41,5 %

Liquidität dritten Grades[28]).

(Kasse, Notenbankguthaben, Wechsel, Nostroguthaben, Reports und Lombards, Warenvorschüsse und börsengängige Wertpapiere in % der Kreditoren und Akzepte.)

Monat	1925	1926
Februar	55,9 %	56,1 %
April	54,7 %	56,0 %
Juni	53,8 %	58,5 %
August	52,3 %	57,7 %
Oktober	53,2 %	59,0 %
Dezember	58,3 %	61,8 %

Auf das Jahr der „Effekten-Konjunktur" folgte ein Jahr der „Wirtschafts-Konjunktur". Auf Betreiben der Reichsbank mußten die Reportkredite eingeschränkt werden, in denen eine übertriebene Förderung der Börsenspekulation und ein Mißbrauch der Auslandskredite gesehen wurde. Das führte zu dem großen Börsenkrach am 13. Mai 1927 (schwarzer Frei-

27) Diese Liquiditätsziffern, wie auch diejenigen für die Jahre 1927 bis 1932 und auch alle übrigen in der Arbeit angegebenen Relativzahlen sind errechnet auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Zwischenbilanzen (Februar bis November) und der in den Geschäftsberichten der Großbanken veröffentlichten Jahresschlußbilanzen.

28) Vgl. auch, ebenso während der weiteren Ausführungen, die graphische Darstellung auf S. 29.

tag). Reports und Lombards betrugen am 31. Dezember 1927 nur noch 530 Mill. RM. Die Liquidität dritten Grades verschlechterte sich wieder.

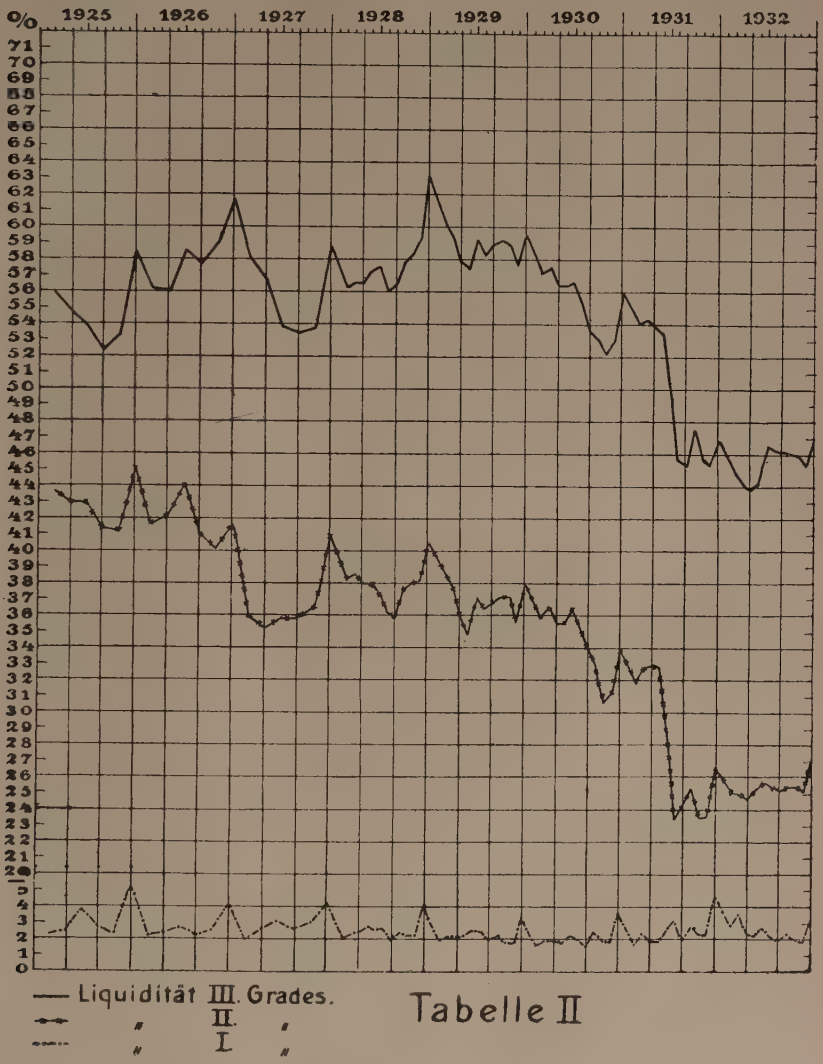


Tabelle II

Die Abnahme der „Reports und Lombards" kann jedoch nicht die alleinige Ursache für den starken Rückgang der Liquidität dritten Grades gewesen sein. Die große Übereinstimmung mit der Kurve für die Liquidität zweiten Grades [29]) läßt vielmehr den Schluß zu, daß vor allem die trotz der Zunahme der Kreditoren nicht genügend erhöhten liquiden Mittel zweiter Ordnung sowohl die Liquidität zweiten Grades als auch die Liquidität dritten Grades ungünstig beeinflußt haben. Erst in den beiden letzten Monaten des Jahres gingen die Banken dazu über — wohl mit Rücksicht auf die Jahresschlußbilanz — ihre Anlagen in liquiden Mitteln (vor allem in Wechseln) zu erhöhen.

Die Errechnung der Liquidität zeigt für die einzelnen Monate des Jahres 1927 folgende Ergebnisse:

Tabelle III.

Monat	II. Grades	III. Grades
Februar	35,9 %	58,0 %
April	35,2 %	56,8 %
Juni	35,8 %	53,8 %
August	35,8 %	53,4 %
Oktober	36,4 %	53,7 %
Dezember	40,9 %	58,8 %

Der Vollständigkeit halber seien für die Jahre 1925 bis 1927 auch die Zahlen für die Liquidität ersten Grades angegeben, die außer einer stärkeren Erhöhung jeweils im Juni und Dezember keine großen Veränderungen aufweisen.

Tabelle IV.

Liquidität ersten Grades.

(Kasse und Notenbankguthaben in % der Kreditoren und Akzepte.)

Monat	1925	1926	1927
Februar	2,3 %	2,3 %	2,0 %
April	2,5 %	2,4 %	2,6 %
Juni	3,8 %	2,8 %	3,2 %
August	2,8 %	2,4 %	2,7 %
Oktober	2,4 %	2,6 %	3,0 %
Dezember	5,2 %	4,2 %	4,2 %

29) Vgl. Tabelle II auf Seite 29.

2. Die Verbesserung der Liquidität im Jahre 1928, vornehmlich infolge des Konjunkturumschwungs.

In den folgenden Abschnitten sollen nunmehr die einzelnen Phasen der Liquiditätsentwicklung in den Jahren 1928 bis 1932 dargestellt und die Liquiditätsverschiebungen auf ihre Ursachen hin untersucht werden.

Die Kreditoren der Berliner Großbanken erfuhren ihre bedeutendste Steigerung im Jahre 1928, nämlich von 7493 auf 10427 Mill. RM. Es waren weiterhin fast ausnahmslos ausländische Gelder, die in den ersten Monaten des Jahres in großem Umfange den deutschen Banken zuflossen. Ende 1928 betrug der Anteil des Auslandes 4020 Mill. RM. an den Gesamtkreditoren der Filialgroßbanken [30]) in Höhe von 9843 Mill. RM.

Langfristige Auslandsanleihen wurden neben den kurzfristigen Auslandsgeldern in nennenswertem Umfange nur von 2 Großbanken aufgenommen, nämlich im Jahre 1927 von der Deutschen Bank eine Dollaranleihe in Höhe von 105 Mill. RM. und von der Commerz- und Privat-Bank eine Dollaranleihe in Höhe von 84 Mill. RM.

Trotz der stärkeren Zunahme der Kreditoren nahmen die Debitoren im Jahre 1928 weniger zu als im Jahre 1927 und in keinem Verhältnis zu den Kreditoren, denn der Konjunkturumschwung des Jahres 1928 hatte zur Folge, daß eine Verlangsamung der Inanspruchnahme neuer Kundschaftskredite eintrat. Die Industrie gab dem billigeren Wechselkredit nunmehr den Vorzug gegenüber dem teuren Kontokorrentkredit. Auch die Banken gewährten jetzt neue und erneuerte Kredite lieber in der liquiden Wechselform als in der Form des illiquiden Kontokorrentvorschusses. Der Wechselbestand der Großbanken, der Ende 1927 1858 Mill. RM. ausmachte, erhöhte sich infolgedessen bis Ende Dezember 1928 auf 2686 Mill. RM. Das war seit der Stabilisierung die weitaus größte Zunahme innerhalb eines Jahres.

---

30) Westphal, Ernst: a. a. O. S. 36.

Das Bestreben der Banken, für eine erhöhte Liquidität Sorge zu tragen, kam auch bei anderen Positionen deutlich zum Ausdruck. So wuchsen die Bestände an Reports und Lombards in den ersten Monaten des Jahres 1928 noch einmal auf 729 Mill. RM. an und zeigten dann bis Ende des Jahres verhältnismäßig geringe Schwankungen. Die Position „Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren" hatte sich im Laufe des Jahres sogar fast verdoppelt. Es scheinen z. T. vormalige Debitoren in Warenvorschüsse umgewandelt worden zu sein. Die Banken hatten es in vielen Fällen vorgezogen, ihren Kunden Rembourskredite zu vermitteln, anstatt selbständig als Kreditgeber aufzutreten [31]). Die Zunahme der Warenvorschüsse ist aber nicht allein aus diesen Umwandlungen zu erklären. Das Anwachsen dieses Postens läßt vielmehr auf eine gesteigerte Ein- und Ausfuhrtätigkeit oder auf Preisveränderungen am Weltmarkt schließen. Vor allem infolge einer Exportbelebung war im Jahre 1928 die Nachfrage nach neuen Rembourskrediten gestiegen.

Bei dieser zunehmenden Pflege des Wechsel-, Lombard- und Warenvorschußgeschäftes konnte sich die Liquidität im Laufe des Jahres verbessern [32]). Die Liquidität zweiten Grades war (bei Außerachtlassung des Dezember) im Jahre 1928 durchschnittlich um 1,6 % größer als im Jahre 1927. Ganz besonders stark erhöhte sich die Liquidität dritten Grades, nämlich von 58,8 % Ende Dezember 1927 auf 63,1 % Ende Dezember 1928.

In geringem Umfange hatte auch eine Zunahme des Effektenbestandes zur Erhöhung der Liquidität dritten Grades beigetragen. Sie trat vornehmlich in den letzten Monaten des Jahres zutage, ist jedoch eher negativ als positiv zu bewerten. Hier kommt nämlich schon die zeitweilige Unmöglichkeit, in Effekten umgewandelte Forderungen in größerem Umfange an der Börse flüssig zu machen, zum Ausdruck.

---

31) Die Bank, 1929 S. 215.

32) Vgl. Tabelle II auf Seite 29, Tabelle III auf Seite 30 und Tabelle V auf Seite 33.

Tabelle V.

Liquidität ersten Grades.

Monat	1928	1929	1930	1931	1932
Februar	2,1 %	1,9 %	1,6 %	1,6 %	2,8 %
März	2,3 %	2,1 %	1,9 %	2,3 %	3,5 %
April	2,4 %	2,1 %	1,9 %	1,9 %	2,4 %
Mai	2,7 %	2,2 %	1,7 %	1,9 %	2,2 %
Juni	2,6 %	2,5 %	2,2 %	2,6 %	2,7 %
Juli	2,6 %	2,4 %	2,0 %	3,2 %	2,1 %
August	2,0 %	1,9 %	1,6 %	1,9 %	2,0 %
September	2,4 %	2,1 %	2,4 %	2,7 %	2,2 %
Oktober	2,2 %	1,8 %	1,9 %	2,3 %	2,0 %
November	2,2 %	1,7 %	1,8 %	2,2 %	1,9 %
Dezember	4,1 %	3,4 %	3,6 %	4,7 %	3,1 %

Liquidität zweiten Grades.

Monat	1928	1929	1930	1931	1932
Februar	38,2 %	38,7 %	35,9 %	31,9 %	25,1 %
März	38,5 %	37,9 %	36,4 %	32,9 %	25,0 %
April	38,0 %	36,1 %	35,6 %	33,0 %	24,7 %
Mai	37,9 %	34,9 %	35,6 %	32,9 %	25,3 %
Juni	37,3 %	37,1 %	36,4 %	28,4 %	25,7 %
Juli	36,2 %	36,3 %	35,3 %	23,4 %	25,5 %
August	35,9 %	36,7 %	33,9 %	24,5 %	25,3 %
September	37,5 %	37,1 %	33,0 %	25,4 %	25,5 %
Oktober	37,9 %	37,1 %	30,6 %	23,5 %	25,5 %
November	38,1 %	35,6 %	31,3 %	23,6 %	25,1 %
Dezember	40,5 %	37,9 %	33,9 %	26,6 %	27,4 %

Liquidität dritten Grades.

Monat	1928	1929	1930	1931	1932
Februar	56,2 %	60,2 %	57,1 %	54,0 %	44,9 %
März	56,5 %	59,3 %	57,4 %	54,2 %	44,1 %
April	56,5 %	57,8 %	56,4 %	53,9 %	43,8 %
Mai	57,2 %	57,4 %	56,4 %	53,4 %	44,1 %
Juni	57,5 %	59,1 %	56,6 %	50,1 %	46,4 %
Juli	56,0 %	58,2 %	55,1 %	45,6 %	46,2 %
August	56,3 %	58,9 %	53,6 %	45,2 %	46,1 %
September	57,7 %	59,2 %	53,0 %	47,5 %	45,9 %
Oktober	58,3 %	58,9 %	52,1 %	45,6 %	45,8 %
November	59,2 %	57,6 %	53,0 %	45,3 %	45,3 %
Dezember	63,1 %	59,6 %	56,0 %	46,8 %	46,9 %

3. Die Abnahme der Liquiditätsreserven infolge der Vertrauenskrise im Frühjahr 1929.

Die weiter abnehmende Beschäftigung der Industrie und die wachsenden Insolvenzen brachten im 2. Quartal des Jahres 1929 die erste Vertrauenskrise, die zur Abziehung ausländischer Gelder und zur Kapitalflucht der deutschen Sparer führte. Die durch den Abstieg der Konjunktur bedingte Vertrauenskrise wurde durch politische Ereignisse, vor allem durch den Schwebezustand und den zeitweiligen Abbruch der Pariser Reparationsverhandlungen verschärft. Als Folge davon wiesen die Kreditoren in den Monaten April und Mai des Jahres 1929 einen erheblichen Rückgang auf, und zwar um 745 Mill. RM.

Um die Rückzahlung der fremden Gelder vornehmen zu können, waren die Großbanken gezwungen, auf ihre Liquiditätsreserven zurückzugreifen. Der Wechselbestand zeigte in diesen Monaten seit der Stabilisierung die erste größere Abnahme, nämlich von 2816 Millionen Reichsmark Ende Februar auf 2131 Millionen Reichsmark Ende Mai. Dementsprechend war die Beanspruchung der Reichsbank so stark, daß sie nicht nur am 25. April eine Diskonterhöhung um 1 % vornehmen mußte, sondern sich sogar im Mai zu einer scharfen Kreditrestriktion gezwungen sah. Die Notendeckung betrug Ende Mai nur noch 44,21 % (im Monatsdurchschnitt) gegenüber 67,66 % Ende Februar [33]). Durch die starke Heranziehung des Wechselbestandes zur Heimzahlung der fremden Gelder ging die Liquidität zweiten Grades von 38,7 % Ende Februar auf 34,9 % Ende Mai zurück [34]) und erreichte damit den bisher niedrigsten Stand.

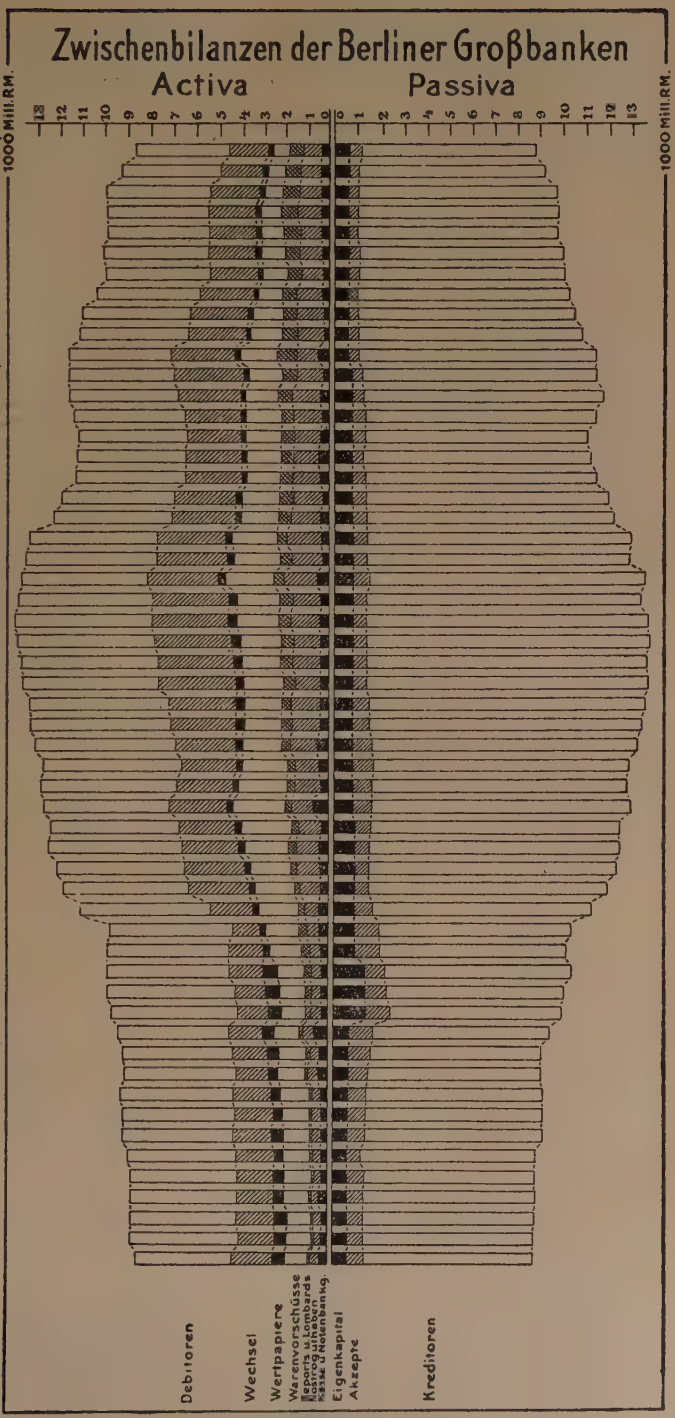
Die Krise konnte jedoch ohne einen Rückgriff auf die liquiden Mittel dritter Ordnung, allein durch eine Heranziehung des Wechselportefeuilles überwunden werden [35]). Die

33) Stat. Jb. 1930 S. 348.

34) Vgl., ebenso während der weiteren Ausführungen, Tabelle II auf Seite 29 und Tabelle V auf Seite 33.

35) Vgl. Tabelle VI auf Seite 35.

Tabelle VI.


Zwischenbilanzen der Berliner Großbanken
Activa
Passiva
1000 Mill. RM.
1000 Mill. RM.
13 12 11 10 9 8 7 6 5 4 3 2 1 0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13
1928
1929
1930
1931
1932
F M A M J J A S O N D
Debitoren
Wechsel
Wertpapiere
Warenvorschüsse
Kassa u. Guthaben
Kassa u. Notenbankg.
Eigenkapital
Akzepte
Kreditoren

Liquidität dritten Grades verschlechterte sich daher in geringerem Maße als die Liquidität zweiten Grades, nämlich nur von 60,2 % Ende Februar auf 57,4 % Ende Mai.

4. Die teilweise Rückgewinnung der quantitativen, der Rückgang der qualitativen Liquidität im Laufe des Jahres 1929.

Nach Überwindung der Krise zeigten die Kreditoren in der zweiten Hälfte des Jahres wieder ein stärkeres Anwachsen, und zwar von 9659,0 Mill. RM. Ende Mai um 2377,7 Mill. RM. auf 12 036,7 Mill. RM. Ende Dezember[36]). Der Zustrom neuer Auslandskredite war jedoch geringer als in den Vorjahren. Sie erhöhten sich im Laufe des Jahres bei den Filialgroßbanken nur von 4020 auf 4475 Mill. RM.[37]). (Gesamtbestand der Kreditoren bei den Filialgroßbanken Ende 1929 10 974 Mill. RM.)

Die Banken konnten ihre Wechselbestände bis zum Ende des Jahres ebenfalls wieder beträchtlich erhöhen[38]). Aber infolge der Illiquidität der Wirtschaft waren aus den ursprünglich guten Handelswechseln uneinlösbare und unverwertbare Prolongationswechsel geworden. Hinzu kam, daß in der Zeit, in der die verschärften Maßnahmen der Reichsbank für die Rediskontierung der Wechsel in Geltung waren, der Liquiditätsgrad des Trattenmaterials auch aus diesem Grunde gering war. Wenn sich also auch die quantitative

---

36) Diese starke Erhöhung der Kreditorenziffern ist jedoch teilweise darauf zurückzuführen, daß seit August zu den Monatsbilanzen veröffentlichenden Banken die Berliner Handels-Gesellschaft hinzugekommen ist, und zum anderen auf den Zusammenschluß der Deutschen Bank mit der Diskonto-Gesellschaft. Bei diesem wurden gleichzeitig der A. Schaaffhausen'sche Bankverein, die Rheinische Kreditbank, die Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft und die Norddeutsche Bank übernommen. Die Bilanzziffern der nunmehrigen Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft erhöhten sich also um die Zahlen dieser vier Banken.

37) Westphal, Ernst: a. a. O. S. 36.

38) S. Anm. 36.

Liquidität zweiten Grades wieder etwas bessern konnte, so gilt das nicht für die qualitative Liquidität.

Zur Verbesserung der quantitativen Liquidität trug gegen Ende des Jahres 1929 eine beachtenswerte Erhöhung der Nostroguthaben bei, die im Zusammenhang mit der Erhöhung der Warenvorschüsse steht. Die Reports und Lombards dagegen gingen mit der fortschreitenden Verminderung der Börsentätigkeit und der Kurszerrüttung am Aktienmarkt vom Dezember 1928 bis zum Februar 1929 stärker zurück und wiesen dann bis zum September einen Stillstand auf. Eine starke Abnahme zeigten sie wieder im Oktober und November (New-Yorker Börsenkrise). Der Rückgang der Reports und Lombards um 183,2 Mill. RM. im Laufe des Jahres wurde jedoch ausgeglichen durch eine Steigerung der Warenvorschüsse in der zweiten Jahreshälfte um fast 500 Mill. RM., die ihrerseits auf die günstige Entwicklung der deutschen Ausfuhr zurückzuführen war. (Diese erhöhte sich im Monatsdurchschnitt des Jahres 1929 um 100,6 Mill. RM. gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1928[39].) Außerdem bevorzugte das Ausland aus Sicherheitsgründen mehr und mehr das Rembourskreditgeschäft gegenüber den Direktkrediten an deutsche Importeure und Exporteure, bei dem es durch die Garantie der Großbanken gedeckt war. Mit der Erhöhung der Rembourskredite ging auf der Passivseite der Bilanz eine Erhöhung des Postens „Kundschaftskredite bei Dritten" Hand in Hand. Eine verhältnismäßig starke Zunahme der Effektenbestände trug ebenfalls dazu bei, daß die Liquidität dritten Grades mit Ausnahme der Monate November und Dezember größer war als im Jahre 1928.

Was von der quantitativen Liquidität gesagt werden kann, gilt jedoch wieder nicht für die qualitative Liquidität, denn die Effektenbestände konnten infolge der Entwicklung an der Börse ohne große Verluste nicht mehr veräußert werden. Die Wertpapierbörse wurde am meisten von dem Kapitalmangel getroffen. Das Emissionsgeschäft war mehr

39) Wirtschaft und Statistik, 1930 S. 577.

und mehr erschwert; die Möglichkeit, Kontokorrentkredite in Aktien oder Industrieobligationen umzuwandeln, fiel durch das Versagen des Kapitalmarktes weg. Die Aktienkurse hielten sich zwar im Jahre 1929 zunächst auf Vorjahrsniveau. Der Zusammenbruch der Favag im August und die sich fortpflanzende Kette von Insolvenzen löste dann aber an der Börse größte Verstimmung und Mißtrauen aus. Der Zusammenbruch der New-Yorker Börse am 22. Oktober verschärfte die Kursrückgänge an den deutschen Börsen. Das Ausland trat im Gegensatz zu früher als Verkäufer auf dem deutschen Markt auf. Ende 1929 notierten 55 % aller an der Berliner Börse amtlich gehandelten Aktienwerte unter pari[40]). Um weitere Kursrückgänge zu vermeiden, gründeten die großen Banken im Herbst ein Interventionskonsortium. Sie mußten große Effektenbestände in's Portefeuille nehmen. Diese Tatsache und der Umstand, daß eine große Zahl emissionsreifer Papiere in das eigene Depot genommen werden mußte, hatten zur Folge, daß sich die Effektenbestände der Großbanken in der zweiten Hälfte des Jahres von 143,0 um 44,6 auf 187,6 Mill. RM. erhöhten. Die sogenannten liquiden Effekten nahmen also zu. Ihr Liquiditätswert dagegen war nur noch sehr gering. Die Liquidität dritten Grades war infolgedessen, ebenso wie die Liquidität zweiten Grades, im Jahre 1929 nicht so günstig, wie die übliche Berechnung zeigt.

Dazu kam, daß die Debitoren großenteils illiquide waren. Sie hatten sich, von einem Rückgang in den Monaten April bis Juni abgesehen, im Jahre 1929 um 1042,6 Mill. RM. erhöht, nämlich von 4713,3 Mill. RM. Ende Dezember 1928 auf 5755,9 Mill. RM. Ende Dezember 1929[41]).

Es ergibt sich die Frage, ob die Banken nicht vielmehr eine Reduzierung hätten vornehmen und für einen Teil der

---

40) Geschäftsber. der Commerz- u. Privat-Bank 1929 S. 8.

41) Zu berücksichtigen ist bei der Zunahme der Debitoren allerdings das in Anm. 36 hinsichtlich der Kreditoren Gesagte. Die wirkliche Zunahme der Debitoren betrug etwa nur 500 Mill. RM.

Kontokorrentgelder eine flüssigere Anlage hätten suchen müssen. Schuld und Schicksal sind hier schwer zu trennen. Zur Entlastung der Banken muß gesagt werden, daß ein Abbau der aus dem Jahre 1928 herübergenommenen Forderungen schon nicht mehr in größerem Umfange möglich war, ohne den Zusammenbruch der Wirtschaft zu beschleunigen, zumal auch im Frühjahr infolge des Abzuges der fremden Gelder bereits, soweit wie möglich, ein Abbau vorgenommen wurde. Eine börsenmäßige Ablösung der Schulden war, wie wir gesehen haben, ebenfalls nicht möglich. Die neu gewährten Kredite türmten sich also auf die alte illiquide Debitorenmasse auf, anstatt sie abzulösen. Von der Gewährung neuer Kredite konnten die Banken wiederum nicht absehen, da sonst weitere Betriebsstillegungen die Folge gewesen wären.

Von größter Bedeutung für die Liquidität war weiterhin die Tatsache, daß sich die Fristigkeit der Auslandsgelder infolge der New-Yorker Börsenkrise änderte. Der überhaupt nur geringe Prozentsatz langfristiger Auslandsgelder, der vornehmlich amerikanischer Herkunft war, wurde zurückgezogen und durch kurzfristige französische Kredite, die über London hereinströmten, ersetzt.

5. Die Verminderung der Liquiditätsreserven als Folge der Vertrauenskrise in den Monaten Juli bis Oktober 1930.

Der sich im Jahre 1930 weiter verschärfende Konjunkturrückgang ließ das Vertrauen in die Wirtschaft mehr und mehr schwinden. Dazu kam die vertrauensstörende politische Entwicklung. Vor allem der Rückgang der Kreditoren in den Monaten Juli bis Oktober ist politischen Einwirkungen zuzuschreiben. Die Auflösung des Reichstages und das Ergebnis der Neuwahlen hatten die Zuversicht des Auslandes in die deutsche Wirtschaft nachhaltig erschüttert.

Während die Kreditoren bis einschließlich des Jahres 1929 steigende Tendenz aufwiesen, veränderte sich das Bild

für die Jahre 1930 und 1931[42]). Wenn das Jahr 1929 die geringste Zunahme der Kreditoren seit der Stabilisierung aufwies, so ergab sich bereits für 1930 eine Abnahme um 906 Mill. RM. Ihren höchsten Stand erreichten die Kreditoren im Juni 1930 mit 12 297 Mill. RM. und gingen dann bis zum Ende des Jahres auf 11 130 Mill. RM. zurück. Die Auslandskreditoren der Filial-Großbanken betrugen im Dezember noch 4015 Mill. RM.[43]). (Gesamtkreditoren der Filialgroßbanken 10 136 Millionen RM.) Über die Hälfte der abgezogenen Gelder waren ausländischer Herkunft. Bei der Dedi-Bank entfielen von der Gesamtabnahme sogar zwei Drittel auf ausländische Gläubiger[44]). Durch diese Abzüge wurde die Liquidität auf eine harte Probe gestellt. Wie konnte die Rückzahlung der Kreditoren ermöglicht werden?

Die Debitoren zeigten gerade in den Monaten des Kreditorenabzuges eine weitere Zunahme mit Ausnahme des Monats Oktober. Wie war das möglich? Hätten die Banken nicht vielmehr von den Debitoren eine Abdeckung ihrer Salden fordern müssen? Gewiß, und das haben sie, soweit es möglich war, auch getan. Diese Abdeckung konnte aber nicht von heute auf morgen geschehen und mußte sich infolgedessen erst nach einiger Zeit bemerkbar machen. Dementsprechend verminderte sich die Position „Debitoren" im Oktober und November etwas. Der Rückgang im Dezember ist dagegen größtenteils auf Abschreibungen zurückzuführen.

Hätten die Debitoren aber nicht wenigstens in den kritischen Monaten einen Stillstand aufweisen müssen? Trifft die Banken nicht doch eine Schuld, wenn sie die illiquiden Anlagen noch vermehrten? Diese Frage kann nur verneint werden. Was bereits für das Jahr 1929 gesagt wurde, gilt in noch größerem Maße für das Jahr 1930. Nachdem sie in der Anlage der Kundschaftskredite in den früheren Jahren Fehler gemacht hatten, konnten die Banken jetzt weder eine

---

42) Vgl. Tabelle VI S. 35.
43) Westphal, Ernst: a. a. O. S. 36.
44) Geschäftsber. d. Dedi-Bank 1930 S. 15.

fristlose Rückzahlung ihrer ausgeliehenen Kredite verlangen, noch bereits in Aussicht gestellte Kredite nunmehr verweigern, ohne daß Zusammenbrüche in der Wirtschaft in großem Ausmaße die Folge gewesen wären. Die Banken haben vielmehr richtig gehandelt, wenn sie ihre Ausleihungen noch vermehrt haben, um der bedrängten Wirtschaft zur Hilfe zu kommen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß der Wirtschaft von anderer Seite gewährte Kredite (ausländische Direktkredite) zurückgezogen wurden, und dafür die Banken einspringen mußten. Der Liquiditätswert der Debitoren war also gering, zumal ihn auch der Preisverfall der Waren nicht unberührt ließ.

Es mußten infolgedessen andere Aktiva flüssig gemacht werden, und zwar die liquiden Mittel, die ja eigens zu dem Zwecke da sind, in der Krise herangezogen zu werden. Am Ende der Krise können die Liquiditätsreserven dann natürlich nicht mehr vorhanden sein. Aus diesem Grunde sind Vorwürfe, die Bankbilanzen wiesen einen sehr illiquiden Status auf, in dieser Zeit vollkommen unberechtigt. Das Recht zu Vorwürfen besteht erst dann, wenn die Banken nicht darauf bedacht sind, den Grad ihrer Liquidität wieder zu bessern.

Das Wechselportefeuille hatte im Juni noch einmal einen Höchststand von 3256 Mill. RM. erreicht. Im Juli setzte dann der starke Abzug der Kreditoren ein, der in den Monaten Juli bis Oktober 1205 Mill. RM. betrug. Der Rückgang des Wechselbestandes in diesen Monaten belief sich auf 866 Mill. RM. Der weitaus größte Teil der Kreditoren konnte demnach durch Flüssigmachung von Wechseln zurückgezahlt werden. Aber auch die Nostroguthaben mußten in größerem Umfange herangezogen werden. Diese verringerten sich von Ende Juli bis Ende Oktober um 234 Mill. RM.

Die Reports und Lombards nahmen ebenfalls, nachdem sie bis Ende Mai um etwas über 40 Millionen zugenommen hatten, infolge der Heranziehung zur Heimzahlung der fremden Gelder und in Wechselwirkung mit der Schwäche und Geschäftslosigkeit der Börsen bis Ende des Jahres um rund 250 Mill. RM. von 603,7 auf 353,2 Mill. RM. ab. Der hieraus

bedingte Rückgang der Liquidität dritten Grades wurde z. T. ausgeglichen durch eine Zunahme der Warenvorschüsse in der zweiten Jahreshälfte, die auch in diesem Jahre wieder eintrat. Die Warenvorschüsse zeigten zwar von Ende Dezember 1929 bis Ende August 1930 ebenfalls einen ziemlich erheblichen Rückgang, nämlich um 188 Mill. RM., stiegen dann aber, allerdings in geringerem Umfange als im Vorjahre, bis Ende Dezember wieder um über 300 Mill. RM. an. Die Abnahme der Warenvorschüsse bzw. ihre geringere Zunahme war, soweit sie bis zum August nicht saisonmäßig bedingt war, eine Folge der Schrumpfung des Welthandels im Jahre 1930 mengenmäßig um reichlich 10 % gegen 1929. Der Rohstoffbedarf der Wirtschaft war immer geringer geworden, da sie nur halb beschäftigt war. Die zunehmende Überproduktion in den Rohstoffländern und die dadurch bedingte verschärfte Konkurrenz um den Absatz hatte sinkende Preise zur Folge, so daß der Welthandel auf Grund eines allgemeinen Preissturzes wertmäßig um annähernd doppelt so viel zurückging als mengenmäßig [45]).

Zur Heimzahlung der fremden Gelder scheinen die Warenvorschüsse kaum herangezogen worden zu sein. Inwieweit ihre Erhöhung in den letzten Monaten des Jahres 1930 auf die übliche Steigerung der Ein- und Ausfuhr in dieser Zeit zurückzuführen war, und wieweit der Abzug der Kreditoren dazu beigetragen hat, die Banken zu veranlassen, aus Liquiditätsrücksichten eigene Auslandskredite in Rembourskredite der Kundschaft umzuwandeln, läßt sich schwer feststellen.

Die vorher geschilderte starke Verminderung der Positionen Wechsel, Nostroguthaben und Reports und Lombards hatte zur Folge, daß die Liquidität zweiten Grades in den Monaten Juli bis Oktober um 5,8 auf 30,6 % zurückging. Die Liquidität dritten Grades verschlechterte sich in derselben Zeit um 4,5 auf 52,1 %. In den Monaten September und Oktober verringerte sie sich aber infolge der Zunahme der

45) Geschäftsber. d. Dedi-Bank 1930 S. 13.

Warenvorschüsse nur um 1,5 %, während die Liquidität zweiten Grades in diesen Monaten um 3,3 % zurückging. Letztere konnte sich im November und Dezember wieder um 3,3 % verbessern, da es den Banken gelang, ihre Wechselbestände etwas aufzufüllen, wenn auch z. T. nur durch eine Umwandlung von Debitoren in Wechsel. Hinzu kam im Dezember eine starke Vermehrung der barliquiden Mittel, welche freilich großenteils wiederum auf eine Rediskontierung von Wechseln zurückzuführen war. Die Liquidität dritten Grades konnte sich in den beiden Monaten infolge der Zunahme der barliquiden Mittel, Wechsel und Warenvorschüsse sogar um 3,9 % verbessern.

Die Entwicklung des Effektenbestandes hat im Jahre 1930 die Liquidität in geringem Maße beeinflußt. Zur Heimzahlung der fremden Gelder mußten die Effekten, soweit es bei der gegebenen Börsensituation überhaupt möglich war, allerdings herangezogen werden (von den an der Berliner Börse gehandelten Aktienwerten lagen am Ende des Jahres nur noch 27,5 % aller Werte über pari gegen 45 % Ende 1929 [46])). Es handelte sich etwa um 15 Mill. RM. Die über diesen Betrag hinausgehende Verringerung der Effekten ist darauf zurückzuführen, daß die Wertpapiere in den Bilanzen mit immer niedrigeren Werten eingesetzt werden mußten. Der Gesamtrückgang der Effekten im Laufe des Jahres 1930 betrug infolgedessen etwa 38 Mill. RM.

Eine weitere Verschlechterung ihrer Liquidität konnten die Großbanken dadurch vermeiden, daß es ihnen möglich war, einer Teil der abgezogenen fremden Gelder durch eine Ausdehnung des Akzeptkredites zu decken, also Verbindlichkeiten durch andere Verbindlichkeiten zu ersetzen, so daß wenigstens in Höhe dieses Betrages eine weitere Entblößung von liquiden Mitteln nicht erforderlich war. Die Erhöhung des Akzeptumlaufes betrug im zweiten Halbjahr 220,1 Millionen RM.

---

46) Geschäftsber. d. Commerz- u. Privat-Bank 1930 S. 7.

6. Die fortschreitende Entwertung der restlichen Wechselbestände und die starke Zunahme der Indossamentsverbindlichkeiten im Jahre 1930.

Viel geringer als die quantitative war im Jahre 1930 die qualitative Liquidität. Infolge des Rückganges der Produktion, der Umsätze und der Preise zeigte sich nämlich in der ersten Jahreshälfte eine Abnahme der Privatwechsel, und andererseits unter dem Einfluß der ständig wachsenden Kreditbedürfnisse des Reichs eine Zunahme der Reichsschatzwechsel. Für die Liquidität ausschlaggebend war hierbei, daß es nur die nicht bei der Reichsbank rediskontablen Schatzwechsel waren, die eine Zunahme aufzuweisen hatten, während die rediskontablen Papiere ebenfalls, wenn auch geringfügig, abnahmen. Es wurden also Privatwechsel und rediskontable Schatzwechsel durch nicht rediskontable Schatzwechsel ersetzt[47]). Das bedeutete wiederum eine Verschlechterung der Liquidität, die bei der üblichen Berechnung nicht zum Ausdruck kommt.

Die Privatwechsel nahmen aber nicht nur quantitativ ab, sondern auch ihre Qualität verschlechterte sich sehr stark. Wenn die Heimzahlung der fremden Gelder in den Monaten Juli bis Oktober 1930 zum größten Teil durch Liquidation des Wechselbestandes ermöglicht wurde, so war das nicht auf die Eigenschaft des „Sich-selbst-liquidierens" der Wechsel zurückzuführen. Die Banken mußten vielmehr, um weitere Zusammenbrüche in ihrem Kundenkreise und damit neue Vertrauensstörungen und weitere Abzüge fremder Gelder zu vermeiden, die Wechsel am Fälligkeitstage zum großen Teil prolongieren. Die Heranziehung der Wechsel zur Rückzahlung der abgeforderten Einlagen war nur möglich durch eine Rediskontierung bei der Reichsbank. Es nahmen damit aber nicht nur die liquiden Wechselbestände ab, sondern es erhöhten sich auch die Indossamentsverbindlichkeiten der Großbanken. Endgültig entlastet haben sich ja die Banken

47) Diese Umwandlung vollzog sich in allerdings geringerem Umfang auch schon im Jahre 1929.

durch die Rediskontierung der Wechsel noch nicht. Das hängt vielmehr entscheidend von dem Grad der Liquidität der Volkswirtschaft und von den besonderen Verhältnissen der Bank und ihrer Kunden ab. Eine große Zahl rediskontierter Wechsel mußte tatsächlich von den Banken wieder eingelöst werden (meist durch Rediskontierung neuer Wechsel), sei es weil der Kunde den Wechsel zu Protest gehen ließ[48]) oder weil die Bank im Interesse ihres Kunden einsprang und am Fälligkeitstage den Wechsel selbst freiwillig wieder einlöste und den Kunden auf Debitorenkonto (illiquide) für den Betrag belastete oder ihm einen neuen Wechselkredit gewährte.

Infolge der Weitergabe von Wechseln erhöhten sich die Indossamentsverbindlichkeiten der Großbanken von Ende Juli bis Ende Oktober um 704 Mill. RM. (Rückgang des Wechselbestandes 866 Mill. RM.). Eine derartige Erhöhung trug wesentlich zur Verschlechterung der Liquidität bei.

Es ist anzunehmen, daß der größte Teil der weitergegebenen Wechsel zur Reichsbank gewandert ist, da andere Rediskontmöglichkeiten kaum bestanden, weil alle Banken sich in gleicher Lage befanden. Die Großbanken waren daher in stärkstem Maße von der Rediskontbereitschaft der Reichsbank abhängig.

7. Die Liquiditätskrise des Jahres 1931.

Als die Rentabilität der deutschen Wirtschaft, die dem Ausland die beste Gewähr für die Sicherheit der von ihm investierten Gelder bot, infolge des verschärften Konjunkturrückganges sich stärker verminderte, schwand das Vertrauen des Auslandes immer mehr. Es wurde völlig erschüttert durch den Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt und des Nordwolle-Konzerns. Als Folge davon wurden kurzfristige ausländische Gelder in großem Umfange gekündigt. Der Abfluß der fremden Gelder betrug im Juni 1118 Mill. RM.

---

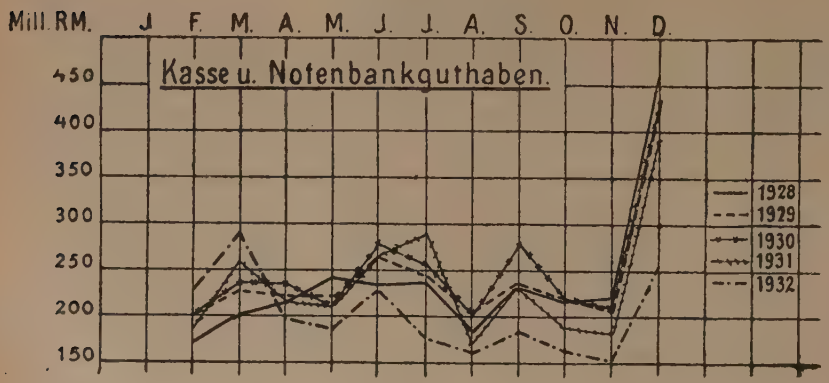
48) In den Jahren 1929 bis 1931 gingen durchschnittlich im Jahre 10 % des Wechselportefeuilles zu Protest. In einzelnen Monaten war der Prozentsatz sogar bedeutend höher.

und im Juli, in dem auf den Zusammenbruch der Danatbank hin auch inländische Einlagen in größerem Maße als bisher zurückgefordert wurden, 1110 Mill. RM. Mit dem Inkrafttreten der Stillhalteabmachungen vom 19. August verlangsamte sich zwar der Abzug der ausländischen Gelder, kam jedoch keineswegs zum Stillstand. Der Gesamtrückgang der Kreditoren im Jahre 1931 betrug bis Ende November 3740,1 Mill. RM. (Bestand Ende Dezember 1930 11 130,3 Mill. RM., Ende November 1931 7390,2 Mill. RM.). An dem Abzug der fremden Gelder bei den Filial-Großbanken im Betrage von 3354 Mill. RM. im Verlaufe des Jahres waren die Auslandsgelder mit 2229 Mill. RM. beteiligt.

Dieser scharfe Rückgang der Einlagen hatte wieder eine entsprechende Reduzierung der liquiden Aktiva erforderlich gemacht, selbstverständlich mit Ausnahme der Positionen „Kasse" und „Notenbankguthaben". Diese beiden Positionen weisen infolge von Konjunktureinflüssen meist nur geringe Veränderungen auf, und zwar dann in umgekehrter Richtung wie die liquiden Mittel zweiter und dritter Ordnung.

Da der Entwicklung der beiden Positionen bisher nicht Erwähnung getan wurde, soll es an dieser Stelle nachgeholt werden. Tabelle VII zeigt, daß bis zum Juni des Jahres 1931 die Positionen „Kasse" und „Notenbankguthaben", ab-

Tabelle VII.



gesehen von den Saisonschwankungen innerhalb der einzelnen Jahre, auf die wir später zu sprechen kommen, keine große Abweichung nach oben oder unten aufweisen. Eine Ausnahme macht nur der September 1930. Im Juli 1931 mußten die Großbanken dann allerdings für die Abhebungen der inländischen Gläubiger größere Barmittel bereitstellen (dasselbe gilt für den September 1930). Die Barliquidität war aus diesem Grunde im Juli sogar um 0,6 % günstiger als im Juni (während in den Jahren vorher die Barliquidität im Juni stets einen Höhepunkt erreichte) und um 1,2 % günstiger als im Juli 1930[49]). Vom August 1931 ab wurden die Bestände an barliquiden Mitteln bedeutend niedriger ausgewiesen. Ihre Erklärung findet diese Tatsache darin, daß infolge des starken Kreditorenrückganges nunmehr geringere Barmittel genügten, um eine entsprechende Barliquidität aufrecht zu erhalten. Die Bestände an barer Kasse und an Notenbankguthaben wurden jedoch nicht um den gleichen Prozantsatz vermindert, in dem die Kreditoren abgenommen hatten. Infolgedessen war die Barliquidität in den folgenden Monaten durchschnittlich noch etwas günstiger als in den entsprechenden Monaten der vorangegangenen Jahre[50]).

Da die vorhandenen Barmittel zur Heimzahlung der fremden Gelder nicht herangezogen werden konnten, sondern zur Aufrechterhaltung des normalen Zahlungsverkehrs dienen mußten, war in den Monaten Juni und Juli wieder eine Liquidierung des Wechselbestandes erforderlich, und zwar in Höhe von 1268,5 Mill. RM. Die rediskontablen Schatzanweisungen waren Ende Juli vollkommen aus dem Wechselportefeuille verschwunden, ebenso die Devisen. Die Indossamentsverbindlichkeiten erhöhten sich in derselben Zeit von 856 auf 1960 Mill. RM. Die Beanspruchung der Reichsbank war so groß, daß sie innerhalb von 2 Monaten den Diskont um 8 % auf 15 % erhöhen und eine schärfere Sichtung des Materials vornehmen mußte.

---

49) Vgl. Tabelle V auf S. 33.
50) Vgl. Tabelle V auf S. 33.

Die Nostroguthaben zeigten bereits im Mai einen Rückgang. Während die Wechselbestände in den Monaten August und September, wohl in der Hauptsache infolge einer Umwandlung von Debitoren in Wechsel (qualitative Liquidität!) wieder zunahmen, gingen die Nostroguthaben und zwar vor allem die Währungs-Nostroguthaben, auch noch in diesen Monaten, ja bis Ende November stark zurück. Sie verminderten sich von 981,3 Mill. RM. Ende April um 636,3 Mill. RM. auf 344,9 Mill. RM. Ende November.

Wie die einzelnen Großbanken so versuchten auch alle übrigen Banken, ihre Nostroguthaben flüssig zu machen, darunter auch diejenigen, die Liquiditätsreserven bei den Großbanken unterhielten. Auf der Passivseite der Bilanz nahmen die „Guthaben deutscher Banken" in der Zeit von Ende April bis Ende November 1931 um 338 Mill. RM. ab. So mußten die Großbanken auch einen großen Teil der Auslandsabziehungen bei anderen Banken auf ihre Schultern nehmen.

Die Tatsache, daß ein großer Betrag der Nostroguthaben nicht flüssig zu machen war, hatte zwei Gründe. Einmal haben die Angaben in den Geschäftsberichten der Großbanken über die Währungsliquidität, die stets sehr günstig lauteten, der Wirklichkeit nicht entsprochen. Die Großbanken konnten keineswegs aus eigener Kraft die an sie gestellten Devisenansprüche befriedigen, denn es war garnicht möglich, die Währungs-Nostroguthaben in vollem Umfang flüssig zu machen, da ein Teil stets durch die Anforderungen des Scheckverkehrs gebunden ist und ein bestimmter Prozentsatz der Rembourskredite als Pflichteinlage gehalten werden muß [51]). Daß ein weiterer Teil der Nostroguthaben nicht flüssig gemacht werden konnte, lag daran, daß der Run alle Banken traf, alle Banken sich also in der Zwangslage befanden, auf ihre Nostroguthaben zurückzugreifen.

---

51) Liquiditätserkenntnisse aus der Kreditkrise (Frankfurter Zeitung vom 12. XII. 1932, Morgenblatt).

Die Abnahme der Wechselbestände und der Nostroguthaben hatte in den Monaten Juni und Juli eine Verschlechterung der Liquidität zweiten Grades um 9,5 % (von 32,9 % Ende Mai auf 23,4 % Ende Juli) zur Folge. Durch die Umwandlung von Debitoren in Wechsel konnte sich in den folgenden Monaten trotz des weiteren Rückganges der Nostroguthaben die Liquidität zweiten Grades, die quantitative Liquidität, wieder um einen geringen Prozentsatz erhöhen[52]).

Zur Rückzahlung der gekündigten Kreditoren mußten nicht nur Wechsel und Nostroguthaben, sondern auch die Reports und Lombards wieder sehr stark herangezogen werden. Der Rückgang dieses Postens (von 359,4 Mill. RM. Ende März auf 128,5 Mill. RM. Ende Dezember 1931) ist des weiteren aus der Schließung der Börsen und der völligen Lahmlegung des Terminhandels zu erklären.

Auch die Warenvorschüsse mußten diesmal stärker herangezogen werden als während der Krise des vergangenen Jahres. Die Position „Warenvorschüsse" verminderte sich aber noch aus einem andern Grunde. Das Rembourskreditgeschäft ging nämlich im Jahre 1931 infolge der Schrumpfung des deutschen Außenhandels außerordentlich stark zurück. Eine der Hauptursachen für diese Schrumpfung waren die Währungsentwertungen, die in einem großen Teil der Welt die Aufnahmefähigkeit für deutsche Waren schwächten und andererseits die Konkurrenzfähigkeit der betreffenden Länder stärkten. England z. B. konnte bei relativ stabilem Binnenmarkt-Preisniveau seine Ausfuhrgüter in Gold etwa um 20 % billiger auf dem Weltmarkt anbieten[53]). Hinzu kam, daß der große Gold- und Devisenabzug die Einführung der Devisenzwangswirtschaft erforderlich machte, die ihrerseits wieder den Handel mit fremden Ländern erschwerte. Aus diesen Gründen verminderten sich die Warenvorschüsse von Ende Dezember 1930 bis Ende Dezember 1931 um 974,4 Mill. RM. (von 2115,9 auf 1141,5 Mill. RM.). Der verbleibende Rest-

52) Vgl. Tabelle II auf S. 29 und Tabelle V auf S. 33.
53) Wirtschaftskurve 1932 S. 15.

bestand hatte stark an Liquiditätswert eingebüßt. Der Teil des Postens, der in fremden Währungen lief, konnte von den Bankkunden selbst bei Vorhandensein des Markgegenwertes nur mit Genehmigung der Devisenbeschaffungsstelle abgedeckt werden [54]).

Infolge des Rückganges der Warenvorschüsse und aller anderen liquiden Mittel (mit Ausnahme der Effekten), betrug die Liquidität dritten Grades Ende des Jahres nur noch 46,8 % gegenüber 56,0 % Ende 1930.

Eine Beschaffung von Mitteln zur Rückzahlung der Kreditoren durch Verkauf von Effekten war diesmal nicht möglich, denn die Vorkommnisse des Jahres 1931, die zur Schließung der Börsen führten, hatten eine fast völlige Lahmlegung des Wertpapierhandels zur Folge und übten einen unheilvollen Einfluß auf die Bewertung der Aktien aus. Der Durchschnittskurs der an der Berliner Börse notierten Aktien war bis zum September auf 56 % gefallen [55]). Einige Ziffern mögen den Rückgang der Aktienkurse veranschaulichen:

Tabelle VIII. [56])

Bezeichnung	1930		1931	
	Höchst.	Tiefst.	Höchst.	Tiefst.
Dedi-Bank	154	106	116	60
Dresdner Bank	155	106	116	38
Dortm. Akt.-Brauerei	243	167	177	100
I. G. Farben	190	122	159	92
Hbg.-Am. Paketfahrt	116	60	76	25

Der Liquiditätswert der Effekten war damit immer geringer geworden. Trotzdem die Großbanken die Wertpapiere nicht an der Börse veräußern konnten, mußten sie zur Überwindung der Bankenkrise herangezogen werden. Alle verpfändbaren Papiere wanderten zur Reichsbank. Die Er-

54) Felder: Liquiditätskontrolle (Plutus-Briefe 1932 S. 143).
55) Geschber. d. Dedi-Bank 1931 S. 13.
56) Entnommen aus: Deutsche Aktien- und Rentenwerte, zusammengestellt von der Commerz- und Privat-Bank, Januar 1933.

höhung der Effektenbestände im September ist lediglich daraus zu erklären, daß von der Dresdner Bank die ihr vom Reich gegebenen 300 Mill. RM. Schatzanweisungen, die den Gegenwert für vom Reich übernommene neue Dresdner Bank-Aktien in gleicher Höhe darstellten, als „verzinsliche Titel" unter den Effekten verbucht werden mußten.

Zur Heimzahlung der abgezogenen Gelder konnten die Debitoren nur in geringem Umfange flüssig gemacht werden. Ein Abbau in den Monaten Juni und Juli war nur etwa in Höhe von 250 Mill. RM. möglich. Und selbst diese Summe enthielt noch in Wechsel- und Akzeptkredite umgewandelte Kontokorrentkredite. Die Debitoren waren zum großen Teil eingefroren und als völlig illiquide anzusehen. Ihr starker Rückgang im Dezember[57]) ist wahrscheinlich im Hinblick auf die Jahresschlußbilanz zu erklären. Es wurden wiederum Debitoren in liquidere Posten umgewandelt, so daß sich die Liquidität nach außen hin besserte. Zum anderen ist der Rückgang im Dezember auf erhebliche Abschreibungen zurückzuführen. Diese betrugen über 10 % der Summe der Debitoren.

Zur Überwindung der Krise mußten die Großbanken auch den Akzeptumlauf wieder stark ausdehnen. Teils durch Umwandlung von Debitoren, teils durch Neuschaffung von Akzepten nahm der Umlauf in den Monaten Juni und Juli um 291,7 Mill. RM. zu. Die Akzepte wurden ausgetauscht oder gelangten über die neugegründete Akzept- und Garantie-Bank[58]) zur Reichsbank. Der Akzeptkredit erwies sich sowohl im Jahre 1930 als auch im Jahre 1931 als eine nicht zu unterschätzende Liquiditätsreserve.

---

57) Vgl. Tabelle VI auf Seite 35.

58) Bei der Akzept- und Garantie-Bank handelte es sich um ein ausgesprochenes Hilfsmittel zur Überwindung der akuten Zahlungskrise. Sie sollte Wechsel der in Liquiditätsverlegenheit befindlichen Banken durch ihre Unterschrift verbessern und vor allem die Finanzwechsel der Banken mit der dritten Unterschrift versehen und ihnen Rediskontfähigkeit verleihen. Durch die Zwischenschaltung der Akzept- und Garantie-Bank wurde das privatwirtschaftliche Risiko der Reichsbank verkleinert.

8. Wiederherstellung der Liquidität?

Wenn auch, wie erwähnt, durch das Stillhalteabkommen vom August zunächst der Abfluß der Auslandsgelder keineswegs zum Stillstand gekommen war, so konnte doch wenigstens die Kapitalflucht der Inlandskreditoren durch die Einführung der Devisenzwangswirtschaft im wesentlichen gestoppt werden. Bei der Dedi-Bank und der Reichskreditgesellschaft nahmen die Inlandskreditoren sogar wieder beträchtlich zu, während die Abzüge bei der Danat-Bank noch weiter anhielten. Jedenfalls stand der weitere Abzug der fremden Gelder in keinem Vergleich zu dem der Monate Juni und Juli. Durch das zweite Stillhalteabkommen vom Januar 1932 wurde der Abfluß der Auslandsgelder dann erheblich eingeschränkt. Damit wurde auch einer weiteren Entblößung von liquiden Mitteln in dem Umfange der Vormonate Einhalt getan.

Es können im Rahmen dieser Arbeit nicht sämtliche Maßnahmen ausführlich behandelt werden, die zur Stützung der Banken vorgenommen wurden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß es den Großbanken in der Hauptsache mit Unterstützung der öffentlichen Hand gelungen ist, ihre Liquidität zu erhöhen. Das Reich stellte den gefährdeten Banken Barkredite und Schatzanweisungen — teils gegen Übernahme von Aktien — zur Verfügung. Auch die Reichsbank trug zur Wiederauffüllung des Aktienkapitals der Großbanken und damit zur Rückgewinnung der Liquidität bei. Die verschiedensten Maßnahmen, wie die Gründung der Akzept- und Garantie-Bank, der Diskont-Compagnie und der Industrie-Finanzierungs-A.G. dienten zum mindesten zur Verbesserung der quantitativen Liquidität.

Mit Hilfe aller der genannten Maßnahmen schienen, wie gesagt, die Großbanken ihre Liquidität zurückerlangt zu haben. Die Liquiditätsverbesserung zeigte sich allerdings weniger in einer Erhöhung der liquiden Mittel, als in der starken Verminderung der Rediskontverbindlichkeiten bei der Reichsbank. Der Rückgang derselben betrug im Laufe des

Jahres 1932 684 Mill. RM.[59]). (Höhe der Verpflichtungen Ende Dezember 1931 1552 Mill. RM., Ende Dezember 1932 868 Mill. RM.) Die errechneten Liquiditätsziffern dagegen zeigen mit Ausnahme des Dezember für das Jahr 1932 keine wesentliche Erhöhung, denn die konjunkturelle Lage bot den Großbanken keine Möglichkeit, ihre liquiden Anlagen zu vergrößern. Die Weltwirtschaftskrise setzte sich im Jahre 1932 unvermindert fort. Die industrielle Beschäftigung war in der ersten Hälfte des Jahres noch im Rückgang begriffen. Die Ungewißheit über den Verlauf der Reparationsverhandlungen und innerpolitische Ereignisse ließen eine Erholung ebenfalls nicht aufkommen. Wenn sich auch in der zweiten Hälfte des Jahres Anzeichen einer Belebung der Wirtschaft bemerkbar machten, so hatte dies auf die Geschäftsentwicklung der Großbanken keinen allzugroßen Einfluß. Die meisten Bilanzpositionen zeigten nur geringe Veränderungen, so die Wechsel und Nostroguthaben.

Die Reglementierung des Außenhandels über Devisensperren, Zollerhöhungen und Kontingentierung der Einfuhr hatten einen solchen Umfang angenommen, daß die Warenvorschüsse infolge des Umsatzrückganges und außerdem eines fortgesetzten Preisverfalls sogar einen weiteren Rückgang aufwiesen. Dieser war zum Teil aber auch eine Folge von Umbuchungen auf Debitorenkonto[60]).

Der Effektenhandel war nach Wiedereröffnung der Börse zunächst noch stark eingeschränkt, nahm aber in der zweiten Hälfte des Jahres mehr und mehr zu. Trotzdem zeigten die Effektenbestände, von einer Erhöhung im Juni[61]) abgesehen, kaum Veränderungen, ebensowenig wie die Reports und Lombards, die lediglich im ersten Halbjahr noch abnahmen. Die Banken konnten auch ihren Depositenkunden nicht einmal

---

59) Seit Ende Juli 1931 1092 Mill. RM.

60) Geschäftsber. d. Dresdner Bank 1932 S. 11.

61) Diese Erhöhung war auf Umbuchungen bei der Dresdner Bank zurückzuführen, die einen größeren Betrag verzinslicher Schatzanweisungen im Vorjahr noch unter den Debitoren verbucht hatte (Frankf. Ztg. v. 18. VI. 1933, Reichsausgabe).

raten, Effekten zu kaufen, da sie selbst zu diesem Kauf ihre wenigen liquiden Mittel hätten verwenden müssen.

Die Debitoren wiesen im Jahre 1932 einen weiteren Rückgang auf[62]). Die Abnahme im Dezember ist größtenteils wieder auf Abschreibungen zurückzuführen. Andererseits haben die Großbanken auch ihre Bemühungen fortgesetzt, alte Debitoren flüssig zu machen.

Die Kreditoren zeigten ebenfalls einen geringen Rückgang. Es handelte sich hier um eine weitere Abdeckung der Auslandsverpflichtungen, während die Inlandsgelder zunahmen[63]). Weiterhin ist es den Großbanken gelungen, den Akzeptumlauf beträchtlich einzuschränken, nämlich von 919,1 Mill. RM. Ende 1931 auf 769,2 Mill. RM. Ende 1932.

Infolge des geschilderten Rückganges der Indossamentsverbindlichkeiten, des Akzeptumlaufes und der übrigen erwähnten Vorgänge schien die Liquidität Ende 1932 wieder hergestellt zu sein. In Wirklichkeit aber war sie im Jahre 1932, wenn man nur die liquiden Aktiva im Auge hat, bedeutend schlechter als jemals zuvor, denn bei den auf ein Minimum zusammengeschrumpften Währungsreserven der Reichsbank mußte der gesamte Wechselbestand der Großbanken als weitgehend illiquide angesehen werden.

Gewiß, solange erhöhte Anforderungen nur an die eine oder andere der Großbanken gestellt wurden, konnte auf die Reichsbank zurückgegriffen werden, zumal die Noten, wenn sich das Mißtrauen nur gegen eine einzelne Bank rich-

---

62) Die Erhöhung im April ist zum Teil durch die Fusion der Commerz- und Privat-Bank mit dem Barmer Bankverein bedingt.

63) In dem Rückgang der Debitoren und Kreditoren mag zum Teil aber auch etwas ganz anderes in Erscheinung treten, nämlich das Abgehen der Großbanken von der Handhabung, gewährte Kredite auf Debitorenkonto voll zu belasten und den nicht in Anspruch genommenen Betrag auf Kreditorenkonto gutzuschreiben.

tet, sehr bald bei einer anderen Bank eingezahlt werden und zur Notenbank zurückströmen. Mit der Rediskontbereitschaft der Reichsbank hätte jedoch nicht gerechnet werden können, wenn im Jahre 1932 noch einmal ein ähnlicher Run eingesetzt hätte, wie im Jahre 1931. Die Reichsbank hätte im Interesse ihrer Währungsreserven sofort Restriktionsmaßnahmen ergreifen müssen, wenn nicht nur alle Großbanken, sondern auch alle übrigen deutschen Banken und Sparkassen mit der Forderung an sie herangetreten wären, Wechsel zu rediskontieren und als Gegenwert Devisen abzugeben, um die Forderungen der ausländischen Gläubiger zu befriedigen. Es fielen nämlich bei weitem nicht alle Auslandsgläubiger unter das Stillhalteabkommen. So von 570,8 Mill. RM. Auslandsgläubigern der Dedi-Bank nur 381,4 Mill. RM. [64]).

Wenn man von einer Rückgewinnung der Liquidität sprechen will, so kann man das nur, indem man sich vor Augen hält, daß die Liquidität nur durch die Stillhalteabmachungen und die neuesten Transfervereinbarungen garantiert ist, d. h. weil aus kurzfristigen Verbindlichkeiten langfristige geworden sind. Die Banken verfügen weniger über liquide Mittel, sondern die Möglichkeit der Gläubiger, ihre Gelder abzufordern, ist beschränkt.

64) Geschäftsbericht der Dedi-Bank 1932 S. 14.

Kapitel III.

Die Liquiditätspolitik der Großbanken in kritischer Betrachtung.

1. Die liquiden Mittel.

Die bisherigen Darstellungen haben gezeigt, daß die wirkliche Liquidität der Großbanken bedeutend geringer war als die mittels der üblichen Liquidationsberechnungen festgestellte Liquidität. Die Berechnungen ergeben zu einem Zeitpunkt, als die Danat-Bank ihre Schalter bereits geschlossen hatte und für alle anderen Geldinstitute Bankfeiertage angeordnet waren, noch einen Liquiditätsgrad, der es ermöglicht haben müßte, Anforderungen zu erfüllen, die die bisherigen um das Doppelte übertroffen hätten.

Die sogen. „liquiden Mittel" waren bei allen Großbanken quantitativ in ausreichendem Maße vorhanden [65]). Die Deckung der innerhalb 7 Tage fälligen Verbindlichkeiten durch liquide Mittel erster und zweiter Ordnung betrug durchschnittlich über 100 %. Diese waren aber eben nicht hundertprozentig liquide. Die von Kalveram geforderte Gegenüberstellung der innerhalb 7 Tage fälligen Verbindlichkeiten mit den liquiden Mitteln erster und zweiter Ordnung [66]) kann daher nur Wert haben für Zeiten, in denen nicht infolge einer Wirtschaftsdepression die liquidesten Mittel illiquide geworden sind.

65) Die Deckung der Verbindlichkeiten durch liquide Aktiva war auch in der Vorkriegszeit nicht größer. Die Liquidität zweiten Grades beispielsweise betrug bei den Großbanken im Dezember 1911 36,5, 1912 36,6 und 1913 38,7 %.

66) a. a. O. S. 117.

Des weiteren ist zu beachten, daß auch die bis zu drei Monaten fälligen Kreditoren als kurzfristig zu gelten haben. Gerade diese Position war es, die während der Juli-Krise am stärksten zurückging, während die kurzfristigsten Gelder, wenn auch nur durch Umlagerung, zunächst in den Monaten Juli bis September zunahmen.

Wirklich langfristig hereingenommen waren durchschnittlich nur 5 % der Kreditoren. Trotzdem also 95 % der Kreditoren in kürzester Zeit ihre Gelder abziehen konnten, hätten die vorhandenen liquiden Mittel vollauf genügt, solche plötzlich auftretenden Anforderungen zu erfüllen, soweit sie nur an die eine oder andere Bank gestellt worden, nicht gerade in einer Zeit stärksten Konjunkturrückganges aufgetreten wären, und wenn die Banken, nachdem sie den Fehler begangen hatten, 95 % der Kreditoren kurzfristig hereinzunehmen, nicht den Teil derselben, den sie nicht in liquiden Mitteln anlegten, in Anlagekrediten statt in größerem Maße in kurzfristigen Kundschaftskrediten festgelegt hätten, so daß die Debitoren völlig illiquide waren. Davon wird noch zu sprechen sein.

Wenn die Annahme berechtigt ist, daß die Danat-Bank Ende Juli alle ihre mobilisierbaren Wechsel und rediskontablen Schatzanweisungen weitergegeben hatte, und der verbliebene Rest als nicht rediskontfähiges Material angesehen werden mußte, so betrugen die nicht verwertbaren Papiere 40—45 % des Wechselbestandes vom 30. April 1931. Der Anteil der nicht reichsbankfähigen Wechsel wird auch bei den übrigen Großbanken erheblich gewesen sein. Darunter befanden sich Wechsel, deren Illiquidität wenige Wochen vorher noch nicht vorauszusehen war[67]). Die nicht rediskontablen Schatzanweisungen, die die Banken großenteils unfreiwillig übernommen hatten, machten in den letzten Monaten vor der Juli-Krise allein 15 bis 20 % des Wechselportefeuilles aus.

---

67) Die Zahl der Konkurse betrug Mitte 1928 etwa 19 arbeitstäglich, Ende März 1931 fast 50 (Wirtschaftskurve 1932, Heft 2, Anlage).

Wie von den Banken nicht behauptet werden kann, daß ihre rechnerische Liquidität nicht ausreichend gewesen sei, so ist auch der Vorwurf ungerechtfertigt, daß sie nach den ersten Anzeichen für die Unbeständigkeit der fremden Gelder in den Jahren 1929 und 1930 nicht für noch größere Liquiditätsreserven gesorgt hätten. Die Fehler waren vorher gemacht worden und in diesen Jahren nicht mehr gut zu machen. Außerdem ließ sich infolge des fortschreitenden Konjunkturrückganges eine liquide Anlage ja immer schwerer finden. Da das Wechselgeschäft in der Depression zurückgeht [68]), war es den Großbanken kaum noch möglich, das Wechselportefeuille nach der zweimaligen Inanspruchnahme im Frühjahr 1929 und im Herbst 1930 wieder aufzufüllen. An eine weitere Erhöhung Wechselbestände war garnicht zu denken, zumal die Reichsbank infolge des gegenüber dem Geldmarkt relativ niedrigen Diskontsatzes gerade die besten, die reichsbankfähigen Wechsel von der Kundschaft der Banken direkt aufnahm. Eine vermehrte Anlage der fremden Gelder in Reports und Lombards oder in Effekten war infolge des Konjunkturrückganges ebenfalls nicht möglich.

Größere Liquiditätsreserven wären aber auch vollkommen nutzlos gewesen. Gerade bei der Danat-Bank und der Dresdner Bank lag noch im Jahre 1930 der Prozentsatz der Deckung der Verbindlichkeiten durch liquide Mittel teilweise etwas über dem Durchschnitt. Trotzdem waren es gerade diese Institute, die am wenigsten zahlungsfähig waren.

Auch der Vorwurf, die Banken hätten für eine höhere Barliquidität Sorge tragen müssen, ist unberechtigt. Eine hohe Barliquidität sagt über die Zahlungsbereitschaft einer Bank im ganzen garnichts aus. Bei einer allgemeinen Kreditkrise wird doch stets die Notenbank die letzte Liquiditätsreserve darstellen, wie auch die Juli-Krise mehr als deutlich

---

68) Nach Angaben der Reichskreditgesellschaft (Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1933 S. 52) betrugen auf Grund der Wechselsteuerergebnisse die Wechselausstellungen im Monatsdurchschnitt des Jahres 1928 4388 Mill. RM., 1929 4200 Mill. RM. und 1930 3466 Mill. RM.

gezeigt hat. Hätten die Großbanken damals über größere Barmittel verfügt, so hätten sie eben nur einen oder zwei Tage später die Reichsbank in Anspruch nehmen müssen. Eine Bank kann aber auch nie über so hohe barliquide Mittel verfügen, daß sie in der Lage wäre, damit einer Vertrauenskrise, die sie allein betrifft, Herr zu werden. Ob sie aber in einem solchen Fall einen Tag früher oder später auf die Reichsbank zurückgreifen muß, darauf kann es nicht ankommen.

Trotz größerer Barreserven sind in den vergangenen Jahren sehr viele amerikanische Banken zusammengebrochen [69]).

Exkurs: Zur Frage einer Erhöhung der Barliquidität.

Da von verschiedenen Seiten immer noch Forderungen nach größerer Barliquidität laut werden, soll an dieser Stelle einmal die Frage aufgeworfen werden, was für und was gegen eine Erhöhung der Barliquidität spricht.

Es lassen sich gewiß einige Argumente ins Feld führen, die eine 10prozentige Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch Barmittel rechtfertigen würden. Eine so große Bardeckung würde sicherlich eine günstige psychologische Wirkung auf die Gläubiger ausüben. Zum andern wären die Banken nicht bei jeder geringen Verknappung des Geldmarktes gezwungen, auf die Notenbank zurückzugreifen. Der Zwang zur Haltung hoher Barreserven würde auch eine restriktive Kreditpolitik der Reichsbank unterstützen. (Eine solche ist aber nur zeitweilig erforderlich und wäre augen-

---

69) In den Vereinigten Staaten ist das Deckungsverhältnis der Depositen durch Barmittel gesetzlich festgelegt. Das prozentuale Mindestverhältnis der Barreserven zu den Depositen beträgt für Banken in Zentralreservestädten 13 %, in Reservestädten 10 % und für Banken auf dem Lande 7 %. Die Depositen der Mitgliedsbanken waren auf Grund dieser Bestimmungen beispielsweise im Durchschnitt der Jahre 1925 und 1926 in Höhe von 9,6 % durch Bargeld + Guthaben bei den Notenbanken gedeckt (Burgeß, Die Reservebanken und der Geldmarkt in den Vereinigten Staaten, Berlin 1927 S. 48).

blicklich, wovon noch zu sprechen sein wird, sehr wenig am Platze.) Schließlich würde die Notwendigkeit, hohe Barmittel zu beschaffen, der autonomen Kreditschöpfung der Banken Einhalt gebieten können.

Dieser Bremse bedarf es aber garnicht, wenigstens solange nicht, als eine möglichst hohe Deckung der Verbindlichkeiten durch liquide Mittel überhaupt gefordert wird. Denn durch jede Kreditschöpfung verschlechtert sich ja die Liquidität um einen bestimmten Prozentsatz, so daß die Banken bei Erreichung der Liquiditätsgrenze von einer weiteren autonomen Kreditschöpfung von selbst Abstand nehmen werden, ohne daß sie durch die Notwendigkeit, für derartige Kredite Barmittel in Höhe von 10 % zu beschaffen, dazu gezwungen werden.

Gegen die Haltung großer Barreserven sprechen vor allem die hohen Kosten, die sie verursachen würde. Je größer die Liquidität ist, desto geringer die Rentabilität. Man unterunterscheidet bei den Liquiditätskosten zwischen den Kosten für die Kassenliquidität, wie sie sich aus den unverzinslichen Bilanzpositionen Kasse sowie Reichsbank- und Postscheckguthaben ergeben, und den Kosten der reinen Liquidität. Letztere entstehen dadurch, daß zwecks Aufrechterhaltung einer liquiden Bilanz hochverzinsliche Verbindlichkeiten in liquiden Mitteln mit geringer Verzinsung angelegt werden müssen[70]). Da in den letzten Jahren den Großbanken reichlich kurzfristige, also niedriger verzinsliche Gelder zur Verfügung standen, so ergab sich die Notwendigkeit, langfristige Gelder in liquiden Mitteln anzulegen, für sie nicht. Aber infolge der zahlreichen Zusammenbrüche in der Wirtschaft und der damit für die Banken verbundenen Ausfälle und Verluste ging die Rentabilität stark zurück. Eine höhere Barliquidität hätte die Rentabilität unnötigerweise weiter vermindert. Die Banken hätten dann wahrscheinlich versucht, durch Senkung der Unkosten einen Ausgleich zu schaffen. Da der Hauptanteil

70) Rummel, Hans: Ist eine Betriebskalkulation im Bankgewerbe möglich? (Sonderabdruck aus dem Bank-Archiv Jg. 1931 Nr. 1 v. 1. X. 1931 S. 4).

der Unkosten im Bankbetrieb auf Personalausgaben fällt, so wären Kündigungen und Gehaltsherabsetzungen die unvermeidliche Folge gewesen.

Für den Fall, daß sich die Banken die hohen Barreserven nur für den Bilanztermin beschaffen (Forderungen nach erhöhter Barliquidität müssen selbstverständlich Forderungen nach 8- oder mindestens 14tägiger Bilanzveröffentlichung einschließen), sind die Kosten immer noch sehr groß. Die englischen Depositenbanken z. B. erleiden dadurch, daß sie auf dem Geldmarkt ausgeliehene Beträge zum wöchentlichen Bilanztermin zur Auffüllung ihrer Barreserven kündigen müssen, einen beträchtlichen Zinsverlust [71]).

Wenn selbst heute noch eine Erhöhung der Barreserven gefordert wird, so ist das noch aus anderen Gründen unverständlich. Würde nämlich die Erhöhung der Barliquidität auf 10 % in der Weise durchgeführt, daß von den bei den Banken einströmenden Geldern ein entsprechender Betrag nicht wieder ausgeliehen würde, so läge ein fünfmal größerer Betrag der den Banken zufließenden Gelder brach als bisher. Beträge, die unsere Wirtschaft heute dringend benötigt, würden ihr ganz unnützer Weise entzogen. Allein durch eine entsprechende Erhöhung der Barreserven bei den Großbanken würden weitere fünf- bis sechshundert Millionen Reichsmark Zahlungsmittel gebunden. Würden alle Geldinstitute die gleiche Politik betreiben, so wäre mindestens ein Viertel der gegenwärtig umlaufenden Zahlungsmittelmenge dem Verkehr entzogen. Der Deflationsprozeß würde begünstigt werden.

Die Banken könnten sich die zusätzlichen Barmittel allerdings auch auf andere Weise beschaffen, indem sie nämlich die ihnen zufließenden Gelder in vollem Umfange wieder ausleihen und alsdann einen bestimmten Betrag Wechsel bei der Reichsbank rediskontieren und den Gegenwert in ihre Kassen legen. Dann wäre aber nichts anderes geschehen, als daß die Barliquidität lediglich auf Kosten der

---

71) Die englischen Banken weisen durchschnittlich eine 10- bis 12%ige Bardeckung ihrer Kreditoren aus.

Liquidität zweiten Grades erhöht worden wäre. Wechsel, die andernfalls erst im Bedarfsfalle rediskontiert würden, sind im Voraus zur Reichsbank gegeben worden. Wenn die Banken aber für den Notfall über genügend reichsbankfähige Wechsel verfügen, so ist nicht einzusehen, warum diese schon vorher rediskontiert werden sollen, wodurch unnötigerweise ein Zinsverlust entsteht. Auch Hahn[72]) ist der Ansicht, daß es sinnlos sei, die in Krisenzeiten unvermeidliche Entnahme von Noten aus der Reichsbank schon in normalen Zeiten vorweg zu nehmen. Das würde außerdem der Notenbank bei dem derzeitig geringen Deckungsverhältnis der Noten durch Gold und Devisen wohl sehr unlieb sein.

Würden an die Stelle barer Kasse nur erhöhte Notenbankguthaben gesetzt, so wäre die Entnahme von Noten auch nur solange nicht erforderlich, als die Reichsbank die Guthaben nicht in deckungspflichtige Noten umwandeln muß, d. h. solange die Banken nicht gezwungen sind, auf die Guthaben zurückzugreifen.

1. Die liquiden Mittel (Fortsetzung).

Weder durch größere Barreserven noch durch höhere Liquiditätsreserven überhaupt hätte die Juli-Krise des Jahres 1931 vermieden werden können, jedenfalls wäre die deutsche Volkswirtschaft um die Liquiditätskrisis nicht herumgekommen. Nehmen wir einmal an, die Großbanken hätten bei Beginn des Runs sämtliche Auslandsgelder oder gar ihre gesamten Kreditoren in Bankakzepten, Schatz- und Warenwechseln und in Börsengeldern angelegt gehabt, so hätten sie theoretisch ohne Schwierigkeit im Laufe von 3 Monaten ihre Aktiva liquidieren können. Ihre Lage wäre günstiger gewesen, aber die Sorgen wären nur auf die abgeschoben gewesen, denen kein neuer Käufer für ihre Wechsel zur Verfügung gestanden hätte[73]). Es kann aber nicht die Aufgabe

72) a. a. O. S. 73 f.

73) Lombardus: Liquidität: Das Wesen des Bankproblems. (Der Deutsche Volkswirt 1931 S. 1612).

der Kreditinstitute sein, das Liquiditätsrisiko im kritischen Augenblick auf ihre Kunden abzuwälzen. Die Banken haben während der Krisen auch nicht nach einem solchen Grundsatz gehandelt, sondern ihrer Kundschaft im Gegenteil, soweit als möglich, Hilfe geleistet.

Wir haben bei unseren Untersuchungen die Tatsache bestätigt gefunden, daß bei einem allgemeinen Run der Liquiditätswert der sogen. „liquiden Mittel" sehr gering ist. Wir haben des weiteren gesehen, daß infolge des fortgesetzten Konjunkturrückganges die in normalen Zeiten liquidesten Mittel illiquide wurden. Es kann daher keinen Sinn haben, über große Liquiditätsreserven zu verfügen, die nur in guten Zeiten zu verwerten sind, dagegen in Zeiten des Konjunkturrückganges, wenn das Vertrauen zu den Banken am ehesten schwindet, großenteils garnicht flüssig zu machen sind.

Die liquideste Bank kann einem Run nicht standhalten, der sich gegen die Gesamtheit der Banken richtet, aber auch die einzelne Bank kann eine Vertrauenskrise, die sie als einzige trifft, nicht Herr werden, wenn sie von dieser in einer Zeit betroffen wird, in der aus den liquidesten Handelswechseln Prolongations- und Protestwechsel geworden und die Effektenbestände entwertet sind.

Kommt noch hinzu, daß die Reichsbank als Hüterin der Währung ihre Rediskontbereitschaft einschränken muß, so steht es außerordentlich schlecht um die Liquidität der Banken. Was nutzten Dedi- und Commerz-Bank 1931 ihre immerhin noch stattliche Zahl reichsbankfähiger Wechsel, nachdem die Reichsbank schließlich die Diskontierung selbst bester Handelswechsel abgelehnt hatte! Selbst die einzelne Bank ist, wenn sie in Zeiten einer Kreditrestriktion von einer Vertrauenskrise betroffen wird, in hohem Maße illiquide.

Alle die sogen. „liquiden Mittel" enthalten ein gewisses Liquiditätsrisiko. Der Grad ihrer Flüssigkeit ist immer abhängig von einer fremden Zahlungsbereitschaft, und zwar vornehmlich der der Notenbank.

2. Die Gefahr der kurzfristigen Auslandsverschuldung für die Aufrechterhaltung der Liquidität.

Wenn aber die liquiden Mittel nur zu bestimmten Zeiten als solche gelten können, so kann es, wenn andere Bedingungen erfüllt sind, in der Hauptsache garnicht darauf ankommen, ob das Deckungsverhältnis der Verbindlichkeiten durch solche liquiden Mittel 30 oder 40 % beträgt.

Das Liquiditätsproblem liegt nicht auf der Aktivseite, sondern auf der Passivseite der Bilanz. Es kommt nicht in erster Linie auf eine große Summe liquider Aktiva an. Die Liquiditätspolitik darf nicht erst in dem Augenblick einsetzen, wenn es sich darum handelt, für die fremden Gelder eine Anlage zu finden, sondern sie muß unbedingt schon bei der Hereinnahme der fremden Gelder einsetzen.

Und da haben sämtliche Großbanken versagt. Sie hätten auf die Hereinnahme möglichst langfristiger[74]) Gelder Wert legen müssen und vor allem das Hereinströmen kurzfristiger Auslandsgelder, die außerordentlich stark fluktuieren, abstoppen müssen. Die Politik der Banken muß darauf abgestellt sein, es zu einem Run garnicht kommen zu lassen oder doch die Möglichkeit eines solchen auf ein Minimum zu begrenzen. Wenn die Auslandsgelder kurz vor der Krise 45 %[75]) der Gesamtkreditoren betrugen, so war das eine Gefahr, die garnicht hoch genug angeschlagen werden

---

74) Es ist darunter nicht unbedingt zu verstehen, daß es sich um Gelder mit langfristiger Kündigung handeln muß. Die Gelder können formell zum großen Teil auf kurze Frist hereingenommen sein, wenn die Bank nur sicher ist, daß diese Gelder auch bei geringeren politischen und wirtschaftlichen Vertrauensstörungen eine gewisse Stabilität zeigen. Da das aber bei Auslandsgeldern nicht der Fall ist, so hätten die Großbanken eben tatsächlich auf die Hereinnahme von Geldern mit langfristiger Kündigung bedacht sein müssen.

75) Die Ursachen der deutschen Bankenkrise (Frankfurter Ztg. 18. VI. 1933, Reichsausgabe) und Westphal, Ernst: a. a. O. S. 33.

konnte. Vor dem Kriege betrugen die ausländischen Gelder höchstens 15—20 % [76]) der Gesamtkreditoren.

Die Auslandsgelder reagieren am stärksten auf politische und wirtschaftliche Ereignisse. Mit ihrer Unbeständigkeit muß dauernd gerechnet werden. Wenn fast die Hälfte der fremden Gelder der Großbanken ausländischer Herkunft und größtenteils noch kurzfristig hereingenommen war, so konnten bei einem plötzlichen Abzug derselben bei allen Banken gleichzeitig die liquidesten Aktiva nicht viel helfen, da die Rückzahlung abhängig war von der Fähigkeit der Reichsbank, die erforderlichen Devisen bereitzustellen.

Es kann selbstverständlich nicht verkannt werden, daß sich andererseits die Banken in einer gewissen Zwangslage befanden, ausländische Gelder hereinzunehmen, denn Krieg und Inflation hatten nicht nur zu erheblicher Kapitalverminderung geführt, sondern auch die Kräfte zu neuer Kapitalbildung geschwächt. Überdies wurde die Möglichkeit zur Kapitalbildung ganz besonders durch die Reparationen geschmälert. Da Deutschland sich nicht in der Lage sah, diese Last abzuschütteln, ging die Grundeinstellung seiner Wirtschaftspolitik von 1924 bis 1930 dahin, sie durch Steigerung des Wohlstandes, durch Ausdehnung der Produktion und des Außenhandels leichter tragbar zu machen. Das bedingte einen gigantischen Nachholungsprozeß, zumal man während des Krieges die von anderen betriebene Ausnutzung des technischen Fortschrittes auf vielen Gebieten hatte zurückstellen müssen. Dem war aber die deutsche Kapitalkraft nicht gewachsen und die der Banken erst recht nicht, da sie auch noch durch organisatorische Veränderungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit beeinträchtigt war. Ein wachsender Teil der Spar- und Depositenbildung ist ihnen durch das Vordringen der öffentlichen Banken verloren gegangen. Inländische Gelder wurden den Banken also entzogen, während gerade die rationalisierungsbedürftige Industrie bei den Banken verblieb, die überdies noch zu immer neuer Kreditgewährung

76) Westphal, Ernst: a. a. O. S. 33.

an das Reich und an andere Instanzen der öffentlichen Hand gedrängt wurden [77]). Den Banken wurde die Hereinnahme der ausländischen Gelder sehr erleichtert, da das Mißverhältnis zwischen Kapitalmangel und Expansionsbedarf notwendigerweise ein Zinsgefälle von besser ausgeglichenen Wirtschaftsgebieten nach Deutschland schaffen und Auslandsgelder anziehen mußte.

Die Großbanken hätten aber trotzdem die Selbstbeschränkung aufbringen müssen, ihr Aktivgeschäft im Rahmen der ohne weiteres erlangbaren inländischen Gelder zuzüglich allerhöchstens der langfristigen Auslandsgelder zu halten. Das haben sie jedoch nicht getan, sondern ohne Bedenken über den notwendigen Bedarf hinaus das ganze Angebot ausländischen Geldes aufgenommen und der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt, wodurch diese geradezu zu Fehlinvestitionen verleitet wurde. Die Hereinnahme von Auslandsgeld ist ebenso wie die Gewährung von Riesenkrediten teilweise nur aus Prestigegründen und Konkurrenzneid der Großbanken untereinander ausgedehnt worden.

Die plötzliche Kündigung dieser Auslandskredite führte dazu, daß die Reichsbank ihre Unterstützung viel schneller versagen mußte, als das bei einem Abzug nur inländischer Gelder der Fall gewesen wäre, der durch bereitwillige Kreditgewährung der Notenbank viel leichter hätte bekämpft werden können, zumal sich die Unruhe der inländischen Bankeinleger während der Julikrise erst später bemerkbar machte. Die Rückzahlung der Auslandskredite ließ jedoch die Währungsreserven der Notenbank auf ein Minimum zusammenschmelzen, belastete also die Reichsbank auf doppelte Weise, einmal durch Erhöhung der inländischen Kreditbeanspruchung und zum anderen eben durch die Schmälerung der Währungsreserven [78]).

---

77) Vgl. Die Ursachen der deutschen Bankenkrise (Frankfurter Ztg. v. 18. VI. 1933. Reichsausgabe).

78) Rosenstiehl, Fritz: Bankenliquidität im Run (Wirtschaftskurve 1932 S. 345).

Die Großbanken hatten zwar die Auslandsgelder zum großen Teil in fremder Valuta an die Kundschaft weiter geliehen, das Valutarisiko also auf diese abgewälzt. Sie untersuchten aber nicht, ob der Kunde auch imstande war, auf Grund seines Exportes sich im Notfalle die Devisen zu beschaffen, ohne die Reserven der Notenbank anzugreifen.

3. Die Festlegung kurzfristiger Gelder in Anlagekrediten.

Die Großbanken haben nicht nur den Fehler begangen, in größtem Umfange kurzfristige Auslandsschulden aufzunehmen, sondern sie haben darüber hinaus die kurzfristig hereingenommenen Auslandsgelder der deutschen Wirtschaft zum großen Teil als langfristige Anlagekredite zur Verfügung gestellt, so daß in den kritischen Monaten eine Rückzahlung der Debitorenkredite nicht ermöglicht werden konnte, und man eben lediglich auf die liquiden Mittel angewiesen war.

Daß ein großer Prozentsatz der liquiden Mittel nicht flüssig zu machen war, kann den Banken nicht zum Vorwurf gemacht werden, wohl aber, daß sie eine Situation geschaffen hatten, die eine Liquidierung von Kundschaftskrediten sozusagen garnicht ermöglichte, ja nicht einmal den Versuch ermöglichte, solche in nennenswertem Umfange flüssig zu machen, ohne der Wirtschaft neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Wenn die Großbanken auch formell die Gelder mit der gleichen Befristung ausgeliehen haben, mit der sie hereingenommen waren, so wurden sie doch von der Kundschaft mit Wissen der Banken zu Anlagezwecken benutzt.

Die Banken müssen, je nachdem welches Aktivgeschäft sie zu bestimmten Zeiten vorwiegend pflegen wollen und können, entweder auf die Hereinnahme langfristiger oder kurzfristiger Gelder bedacht sein. Wenn vorher gesagt wurde, die Großbanken hätten in den Jahren 1925 bis 1929 für die Hereinnahme langfristiger Gelder Sorge tragen müssen, so scheint das dem Wesen der Kredit- und Depositen-Banken zu widersprechen, denn deren Aufgabe besteht in erster Linie

doch darin, die vorübergehend freien, also kurzfristigen Gelder der Wirtschaft, und erst in zweiter Linie darin, Spargelder und andere langfristige Gelder anzusammeln. Es gehört aber ebenso in erster Linie zu den Aufgaben dieser Banken, das laufende kurzfristige Geschäft der Wirtschaft und nur in zweiter Linie langfristige Anlagen zu finanzieren, wozu andere Institute da sind. Wenn die Großbanken aber schon in den letzten Jahren vorwiegend das langfristige Aktivgeschäft betrieben, so mußten sie vorher auch zum langfristigen Passivgeschäft übergehen. (Langfristige Gelder hätten eventuell durch Ausgabe von Bankobligationen beschafft werden müssen.)

War die Beschaffung langfristiger Gelder unmöglich, so hätten die Großbanken eben bei dem kurzfristigen, das soll heißen vorwiegend bei dem kurzfristigen Aktivgeschäft verbleiben müssen und auf eine weitere Ausdehnung ihres Geschäftes verzichten sollen.

Sehen wir einmal davon ab, daß die Auslandsgelder hereingenommen waren zur Finanzierung langfristiger Anlagen, und nehmen einmal an, sie hätten als Betriebskredite Verwendung gefunden. Die Situation wäre dann voraussichtlich im Jahre 1931 eine viel günstigere gewesen. Wahrscheinlich wäre infolge einer Abdeckung der Betriebskredite während des Konjunkturrückganges ein bestimmter Prozentsatz der Auslandsschulden bei Beginn des Runs bereits zurückgezahlt gewesen. Der Run hätte garnicht so große Ausmaße annehmen können. Dem könnte entgegengehalten werden: Wenn schon die liquiden Mittel infolge der Konjunkturverschlechterung in großem Maße illiquide geworden waren, dann würde das doch wohl in noch größerem Maße für Kontokorrentkredite, wenn auch kurzfristige, zugetroffen haben. Sicher wäre das für einen Teil der Betriebskredite in der Tat der Fall gewesen. Es kann aber nicht in Abrede gestellt werden, daß ein bestimmter Prozentsatz, genau wie bei den liquiden Mitteln, immerhin flüssig gewesen und in den Jahren 1929 und Anfang 1930 hätte zurückgezahlt werden können. Es ergibt sich vielleicht

weiter die Frage: Hätten denn die Banken die Beträge, die durch Abdeckung von Betriebskrediten frei geworden wären, überhaupt zur Rückzahlung von kurzfristigen Auslandsanleihen benutzt, hätten sie die Gelder nicht vielleicht in Wechseln, Reports und Lombards oder in Effekten angelegt? Da das Wechselgeschäft während eines Konjunkturrückganges ebenfalls abnimmt (vgl. oben S. 58 Anm. 68), wäre eine Anlage der freien Gelder in Wechseln in den Jahren 1929 und 1930 kaum noch möglich gewesen. Daß eine Verwendung zur Anlage in Reports und Lombards oder in Effekten nicht in Frage gekommen wäre, geht zur Genüge aus den bisherigen Ausführungen hervor. Wollten die Banken keinen Zinsverlust erleiden, wie es der Fall gewesen wäre, wenn sie die freigewordenen Beträge als bare Kasse oder Notenbankguthaben gehalten hätten, so wären sie wohl sicher dazu übergegangen, Auslandsschulden zurückzuzahlen. Inwieweit diese Rückzahlung an der Gold- und Devisenknappheit gescheitert wäre, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Jedenfalls aber betrugen die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank in den ersten neun Monaten des Jahres 1930 im Durchschnitt 2972 Mill. RM., die Deckung der Noten schwankte zwischen 60 und 70 %. Es hätten demnach etwa 1000 Mill. RM. Auslandsschulden, etwa der vierte Teil, zurückgezahlt werden können, ohne daß die Deckungsgrenze hätte unterschritten werden müssen. Um diesen Betrag also hätte die Verschuldung der Großbanken im Ausland bei Beginn des Runs in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 doch vielleicht geringer sein können. Außerdem wäre ein Teil der Betriebskredite für die Banken selbst in der Krise durch Veräußerung von Waren oder Einziehung von Außenständen seitens der Kunden flüssig zu machen gewesen. Freilich hätte dies vorsichtig und nur innerhalb bestimmter Grenzen geschehen müssen. Wie groß der Spielraum gewesen wäre, innerhalb dessen man solchermaßen hätte verfahren können, ohne die Liquiditätsschwierigkeiten lediglich auf andere Kreise abzuwälzen, läßt sich allerdings schwer sagen. Ein Schleuderverkauf von Waren hätte ja schließlich nur neue Zusammen-

brüche und damit neue Liquiditätsschwierigkeiten zur Folge gehabt.

Da die Auslandsgelder aber zum sehr großen Teil nicht als Betriebskredite, sondern in Maschinen und Gebäuden angelegt waren, war eine Liquidierung ganz und gar nicht möglich oder doch nur unter den größten Verlusten zum Schrottwert. Die Banken konnten daher ihrer Kundschaft den Anlagekredit nicht entziehen, sondern mußten in der Krise zu diesen eingefrorenen Krediten stets neue Betriebskredite zusichern, um weitere Zusammenbrüche in der Wirtschaft zu verhindern. Sie wären bei Nichtgewährung dieser Betriebskredite selbst unter Beibehaltung der Anlagekredite infolge der dann notwendigen Stillegung der mit den großen Kapitalien ausgestatteten Unternehmen die unvermeidliche Folge gewesen.

Einige Großbanken hatten nicht nur mit Hilfe kurzfristiger Auslandsgelder Anlagekredite, sondern teilweise Anlagekredite riesigen Ausmaßes gewährt, die am allerwenigsten flüssig zu machen waren. So soll die Danatbank einem einzigen Konzern fast 100 % ihres Kapitals kreditiert haben [79]). Die Dedi-Bank, die als einzige Angaben über die Höhe der gewährten Einzelkredite macht, hatte Ende des Jahres 1932 noch 79,8 % der gesamten Kreditsumme in Krediten über Reichsmark 100 000 gewährt, wie aus nachstehender Tabelle hervorgeht.

Tabelle IX. [80])

Kredite der Dedi-Bank	in % des Gesamtbetrages 1931	1932
bis 100 000 RM.	21,2 %	20,2 %
bis 500 000 RM.	22,0 %	21,8 %
bis 2 000 000 RM.	24,0 %	23,0 %
über 2 000 000 RM.	32,8 %	35,0 %
	100 %	100 %

79) Die Ursachen der deutschen Bankenkrise (Frankfurter Ztg. v. 18. VI. 1933. Reichsausgabe).

80) Geschäftsber. d. Dedi-Bank 1931 S. 19; 1932 S. 17.

Da die Dedi-Bank bis zum Jahre 1931 keine Angaben über die Zusammensetzung ihrer Debitoren machte, und die übrigen Banken diese bis heute noch vermissen lassen, konnte die Kritik der Öffentlichkeit nicht früh genug einsetzen.

In Zukunft müssen die Banken bei der Anlage von Geldern in Kundschaftskrediten darauf bedacht sein, daß im Notfall auch ein bestimmter Prozentsatz dieser Kredite flüssig gemacht werden kann. Es kommt dann garnicht so sehr darauf an, ob die sogen. „liquiden Mittel" einige Prozente mehr oder weniger betragen.

Die Vernachlässigung des Verhältnisses von Eigenkapital zu Fremdkapital.

Die Großbanken trifft noch ein dritter Vorwurf, nämlich der, daß sie das Verhältnis der eigenen zu den fremden Mitteln stark vernachlässigt haben. Davon legen die Zahlen der Tabelle X Zeugnis ab.

Das Eigenkapital der Großbanken ist von 1925 bis 1931 fast unverändert geblieben, während die fremden Gelder rapide anwuchsen.

Tabelle X.

Jahres-durchschn.	Aktienkapital + Reserven in % d. Kreditoren	Fremdkapitals	ges. Bilanzsumme
1913	30,9	24,7	19,5
1925	15,6	14,9	12,9
1926	13,1	12,5	11,0
1927	11,6	10,7	9,7
1928	9,5	8,9	8,1
1929	8,3	7,8	7,2
1930	7,7	7,3	6,7
1931	11,1	10,0	9,1
1932	8,4	7,4	6,9

Vor allem bei der Danat-Bank, die nur über 60 Mill. RM. Aktienkapital und 60 Mill. RM. Reserven verfügte, war das

Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital äußerst angespannt. Auch bei der Dresdner Bank war das Verhältnis besonders schlecht.

Die Kreditoren betrugen im Dezember 1930 bei der

Berliner Handels-Ges.	924 %
Dedi-Bank	930 %
Reichskred.-Ges.	995 %
Commerz- u. Priv.-Bank	1284 %
Dresdner Bank	1657 %
Danat-Bank	1909 %

des Eigenkapitals.

Es waren denn auch gerade die beiden Großbanken, bei denen das Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital am angespanntesten war, die der Krise zum Opfer fielen.

In keinem anderen Lande arbeiten die Banken in gleichem Maße mit Fremdkapital, wie in Deutschland. In Schweden dürfen die fremden Gelder bei größeren Banken höchstens das achtfache der eigenen Mittel betragen. In Dänemark, Polen und Norwegen ist als Grenze das zehnfache der eigenen Mittel festgesetzt, wobei das norwegische Bankaufsichtsgesetz sogar bestimmt, daß zu den Verpflichtungen auch diejenigen aus weitergegebenen Wechseln zu rechnen sind[81]). Auch keine der großen englischen Depositenbanken hat zum Beispiel Ende 1930 einen derart hohen Prozentsatz an fremden Geldern, gemessen am Eigenkapital, aufzuweisen gehabt, wie es bei der Danat- und Dresdner Bank der Fall war. Die Kreditoren betrugen im Dezember 1930[82]) bei der

Barclays Bank	1338 %
Midland Bank	1388 %
Lloyds Bank	1413 %
Nat. Prov.-Bank	1541 %
Westminster Bank	1554 %

des Eigenkapitals.

---

81) Sparkasse 1933 S. 188.

82) Errechnet auf Grund der in „The Economist", Jg. 1931 S. 143 und S. 204 veröffentlichten Bilanzen.

Das Mißverhältnis der eigenen zu den fremden Mitteln bei den deutschen Großbanken muß unbedingt für die Bankenkrise mit verantwortlich gemacht werden. Ein größeres Eigenkapital hätte nicht nur das Vertrauen des Publikums erhöht (Vertrauen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Liquidität), es hätte vor allem eine unkündbare Forderung dargestellt.

Die Großbanken können das Mißverhältnis nicht mit der geringen Aufnahmefähigkeit des deutschen Kapitalmarktes rechtfertigen. Wenn wirklich aus diesem Grunde eine Stärkung der eigenen Mittel nicht möglich war, so hätten die Banken eben im Interesse der Liquidität eine Verkleinerung des Geschäftsumfanges vornehmen müssen, wie sie das auch in der Vorkriegszeit, falls eine Möglichkeit zur Unterbringung neuer Aktien nicht gegeben war, getan haben. Außerdem wäre im Jahre der „Effekten-Konjunktur" (1926) und auch im Jahre 1927 eine Erhöhung des Aktienkapitals sehr wohl möglich gewesen [83]), wie sie ja in diesen Jahren, allerdings in viel zu geringem Umfange, von einzelnen Großbanken tatsächlich vorgenommen worden war.

---

83) Nach Feststellung des Bankenquete-Ausschusses, der in diesen Tagen in Berlin zusammengetreten ist, war sogar im Jahre 1928 die Emissionskraft des deutschen Marktes größer als im Jahre 1927 (gegen Ende des Jahres 1928 war es allerdings bereits schwierig, neue Emissionen unterzubringen). Es wurden nach diesen Angaben emittiert:

Jahr	Neue Aktien in Mill. RM.	Neue Anleihen in Mill. RM.
1927	932	993
1928	984	1081

Diese Zahlen bestätigen also ebenfalls, daß bis Mitte des Jahres 1928 eine Erhöhung des Aktienkapitals der Großbanken an der Aufnahmefähigkeit des Marktes nicht gescheitert ist.

Kapitel IV.

Saisonale Liquiditätsschwankungen in den Jahren 1928—1932.

Eine Darstellung der Liquiditätsverschiebungen bei den Berliner Großbanken in den Jahren 1928 bis 1932 kann die saisonalen Liquiditätsschwankungen nicht völlig unberücksichtigt lassen, obwohl sich über sie nur sehr schwer etwas aussagen läßt, da sie fast völlig verschleiert wurden durch die infolge des Konjunkturrückganges und der politischen Ereignisse verursachten Verschiebungen. Außerdem wären Untersuchungen, die sich nur auf 5 Jahre erstrecken, zu gering, um das Ergebnis als unbedingt typisch ansprechen zu können. Die Untersuchungen auf die Jahre 1925 bis 1927 auszudehnen, ist aber deshalb nicht möglich, da in diesen Jahren von den Großbanken nur Zweimonatsbilanzen veröffentlicht wurden.

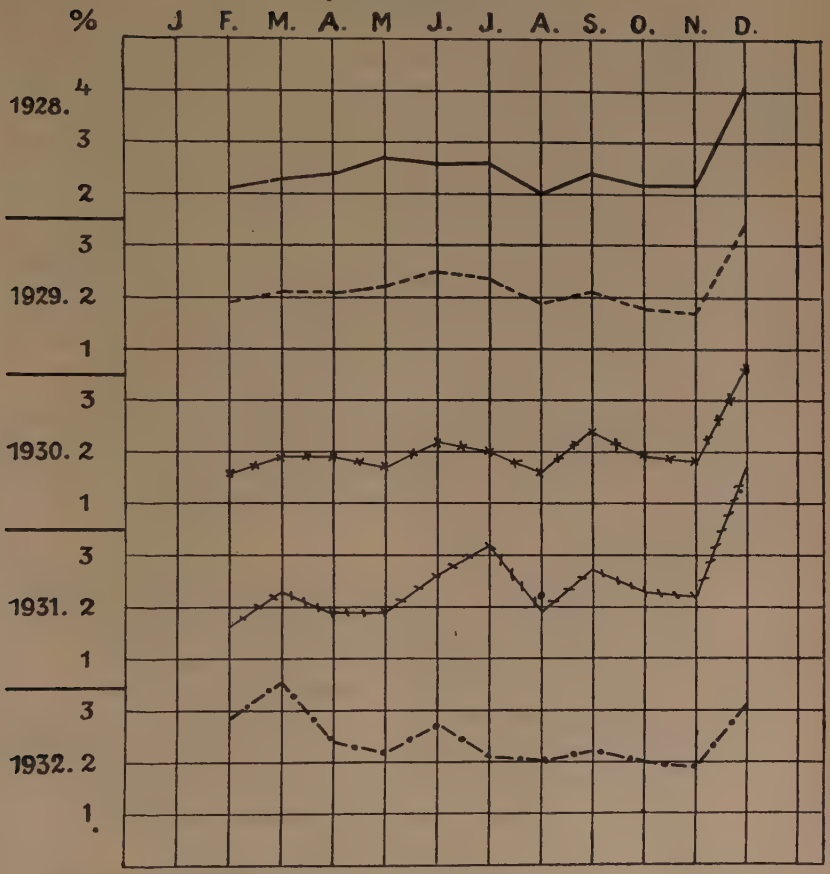
Für die Jahre 1928 bis 1932 lassen sich regelmäßige Schwankungen innerhalb des Jahres unbedingt bei der Barliquidität feststellen[84]). Diese war jeweils im März, Juni, September und Dezember größer als in den übrigen Monaten, da der Bestand der Großbanken an barliquiden Mitteln in den vier genannten Monaten stets einen Höhepunkt aufwies, und zwar von den barliquiden Mitteln in größerem Maße nur der Posten „Kasse", weniger der Posten „Notenbankguthaben" (mit Ausnahme des Dezember), der oft sogar einen geringen Rückgang zeigte.

Es kommen hier die Fluktuationen des Bargeldbedarfs der Wirtschaft deutlich zum Ausdruck. Dieser ist am Quar-

84) Vgl. Tabelle XI auf Seite 75.

Tabelle XI.

Liquidität ersten Grades.



talsschluß am stärksten. Zahlungen für Miete, Zinsen und Gehälter werden in großem Umfange bar vorgenommen [85]).

85) Der Geldumlauf erhöhte sich aus diesen Gründen in den Jahren 1928 bis 1930 gegenüber dem Ultimo der übrigen Monate um bis zu 100 Mill. RM. (Lehmann, Fritz: Der Mechanismus des deutschen Geldmarktes, in Festschrift für Eugen Schmalenbach, Leipzig 1933 S. 225.)

Die Banken müssen infolgedessen dem Geldmarkt Mittel entziehen und ihre Kassenreserven daraus verstärken. Soweit der Bedarf am offenen Geldmarkt nicht gedeckt werden kann oder die Geldsätze über den Reichsbankdiskont steigen, greifen die Banken auf die Notenbank zurück und beschaffen sich bei dieser durch Wechselrediskontierung und Lombardaufnahme weiteres Bargeld. Natürlich werden am Quartalsultimo auch in größerem Umfange als sonst Bareinzahlungen bei den Banken vorgenommen.

Ganz besonders groß war die Barliquidität jeweils im Dezember. Es erhöhten sich in diesem Monat nicht nur die Kassenbestände, sondern auch die Guthaben bei der Notenbank. Dies ist auf das Bestreben zurückzuführen, in der Jahresschlußbilanz, die einem viel größeren Kreis der Öffentlichkeit zugänglich und damit verschärfter Kritik ausgesetzt ist, eine möglichst gute Barliquidität auszuweisen. Die Banken verschaffen sich daher für den Bilanztermin größere Guthaben bei der Reichsbank oder lassen höhere Beträge auf Postscheckkonto stehen, über die sie in den nächsten Tagen sofort wieder verfügen.

Es darf jedoch auch nicht übersehen werden, daß der Bargeldbedarf am Jahresende an sich ganz besonders groß ist, da Miete, Zinsen und Gehälter teilweise nicht vierteljährlich, sondern jährlich gezahlt werden.

Besonders niedrig werden die barliquiden Mittel im Februar ausgewiesen, da infolge des Ruhens vieler Betriebe (z. B. im Baugewerbe) der Bargeldbedarf geringer ist.

Eine hochausgewiesene Barliquidität sagt über den Status einer Bank wenig aus. Nicht nur ist am Quartalsende der Bargeldbedarf größer als am Schluß der übrigen Monate, er ist auch jeweils am Ultimo und damit am Bilanztermin größer als in den übrigen Tagen des Monats[86]). Nur in den

86) Die Zahlung der Gehälter, der Mieten und Zinsen am Ultimo bewirkte, daß der Geldumlauf am Ultimo den durchschnittlichen Umlauf während des Monats um etwa 400 Mill. und den niedrigsten Stand des Monats um etwa 800 Mill. RM. überstieg. Seitdem die öffentlichen Körperschaften zu ratenweiser Ge-

Reisemonaten und in den Wochen vor Weihnachten ist voraussichtlich die Barliquidität an allen Tagen relativ groß, da in dieser Zeit dauernd größere Kassenreserven bereitgestellt werden müssen. Fiele der Bilanztermin auf einen andern Tag als den Ultimo, so wäre jedoch die ausgewiesene Barliquidität sicher während des größten Teiles des Jahres eine geringere als am Monatsende.

Man sollte annehmen, daß infolge der Anspannung des Geldmarktes am Quartalsultimo der Wechselbestand an diesen Terminen infolge vermehrter Rediskontierung bei der Reichsbank und infolge des Abstoßens von Privatdiskonten erheblich zurückginge und mit ihm auch die Liquidität zweiten Grades. Als charakteristische Saisonbewegung ergibt sich aber in Bezug auf die Wechselziehungen ebenfalls in diesen Monaten, mit Ausnahme des Juni, eine Zunahme. Diese steht im März im Zusammenhang mit dem größeren Bedarf an Betriebskrediten für den Frühjahrseinkauf von Industrie und Landwirtschaft (u. a. Beginn der Bausaison, Düngerkäufe der Landwirtschaft). Für die Banken ergibt sich daher die Möglichkeit und der Zwang zu einer erhöhten Anlage ihrer Gelder in Wechseln. Mit den Anforderungen für den Ernteankauf und das Herbst- und Weihnachtsgeschäft setzt im August bis Oktober eine erneute Steigerung des Wechselumlaufs ein. Die Zunahme des Portefeuilles im Dezember ist zum großen Teil auf eine Umwandlung von Kundschaftskrediten in Wechselkredite mit Rücksicht auf die Jahresschlußbilanz zurückzuführen.

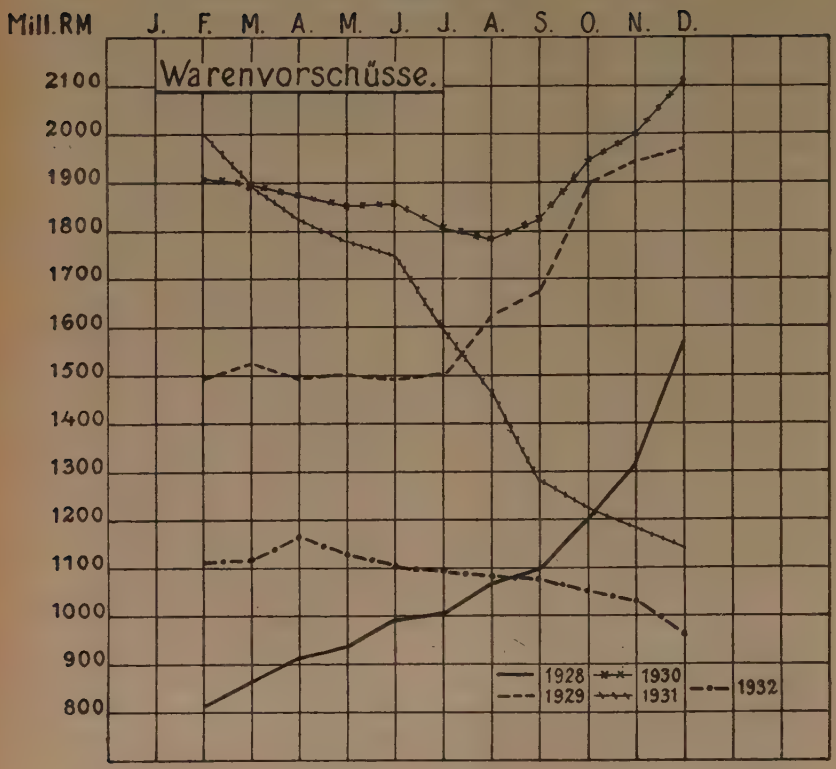
In starkem Maße saisonmäßig bedingt ist auch die Bewegung der Warenvorschüsse [87]). Unter dem Einfluß gesteigerter Getreide- und Holzimporte pflegt die Einfuhr Mitte

---

haltszahlung übergegangen sind, ist allerdings eine erhebliche Abflachung der Ultimogipfel eingetreten. Der Geldumlauf liegt am Ultimo nurmehr um 400 Mill. RM. über dem niedrigsten Stand. Natürlich hat der Rückgang der ausgezahlten Gehaltssumme ebenfalls dazu beigetragen, die Umlaufsspanne im Monatsablauf zu verringern. (Lehmann, a. a. O. S. 225.)

87) Vgl. Tabelle XII auf Seite 78.

Tabelle XII.



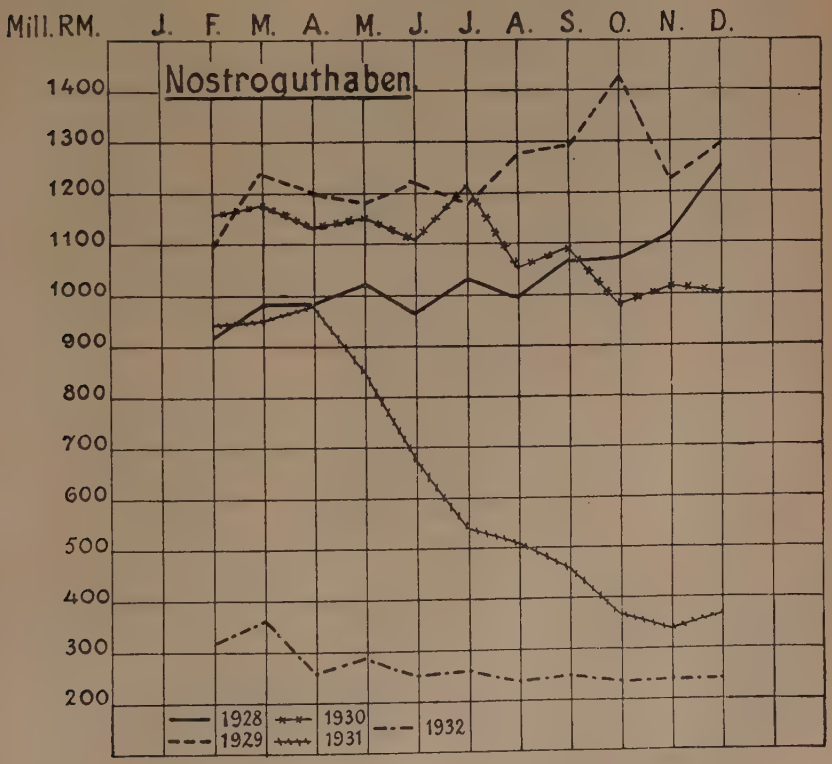
des Jahres stark anzuziehen. Im Oktober zeigt sie dann u. a. infolge steigenden Textilrohstoffbezugs eine erhebliche Zunahme, die bis Ende des Jahres anhält. Die Vorbereitungen für das Weihnachtsgeschäft lassen auch die Fertigwareneinfuhr im September und Oktober stärker anwachsen. Die Bewegungen der Gesamt-Ausfuhr werden beherrscht von den Bewegungen der Fertigwarenausfuhr, die ebenfalls in den Monaten vor Weihnachten den stärksten Anstieg zeigt[88]).

88) Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung 1928, Sonderheft 11 S. 34 ff.

Die gesamte Ein- und Ausfuhr nimmt demnach ab August stark zu und infolgedessen auch von Seiten der Banken die Anlage von Geldern in Rembourskrediten. Hinzu kommt, daß sich vom August an auch eine Belebung des inländischen Warenvorschußgeschäftes infolge der Erntefinanzierung, vor allem eine ausgedehnte Getreidelombardierung, bemerkbar macht.

Im engsten Zusammenhang mit der Zunahme der Rembourskredite steht die Zunahme der Nostroguthaben in der zweiten Jahreshälfte, denn die Banken müssen, wie bereits

Tabelle XIII.



früher erwähnt, einen bestimmten Prozentsatz der Rembourskredite als Pflichteinlage im Ausland halten. Diese Steigerung der Nostroguthaben ab September bzw. ab August ist für die Jahre 1928 und 1929 deutlich aus Tabelle XIII auf Seite 79 ersichtlich. In den folgenden Jahren dagegen bedingte der Abzug der fremden Gelder gerade in diesen Monaten eine Liquidierung der Nostroguthaben, vor allem der Währungsnostroguthaben.

Die Liquiditätserhöhung in den letzten Monaten des Jahres 1928 war, abgesehen davon, daß die Banken infolge des Konjunkturumschwunges überhaupt den liquiden Anlagen den Vorzug gaben, zum großen Teil auf die saisonmäßig bedingte Zunahme der Wechsel, Nostroguthaben und Warenvorschüsse zurückzuführen.

Alle die erwähnten saisonmäßig bedingten Schwankungen der einzelnen Bilanzpositionen wurden im Laufe der folgenden Jahre immer mehr verschleiert, da der Abfluß der fremden Gelder und der in dieser Schärfe einmalige Konjunkturrückgang die Bewegungen der genannten Bilanzpositionen in andere Richtung drängte. Völlig unsichtbar waren aus diesem Grunde auch die saisonalen Schwankungen der Kreditoren [89]). Deutlich zeigten sich diese nur noch im Jahre 1928.

Zusammenfassung.

Während das Resultat unserer Untersuchungen, soweit sie sich mit den saisonalen Liquiditätsschwankungen beschäftigten, nur gering sein konnte, da die saisonalen Bewegungen der einzelnen Bilanzpositionen in den Jahren 1928

---

89) Nach Untersuchungen Bersuchs (Bersuch, Martin: Das Fremdkapital der deutschen Großbanken seit der Stabilisierung der Währung, Stuttgart 1932 S. 72) hat das Ruhen der wirtschaftlichen Tätigkeit gegen Ende des Jahres und die Zinszuschreibungen im Dezember die stärkste Steigerung der Kreditoren zur Folge. Diese Bewegung setzt sich im neuen Jahr zunächst noch fort und erreicht im April infolge der Dividendenausschüttungen der Aktiengesellschaften ihren Höhepunkt.

bis 1932 nicht genügend hervortraten, sind wir bei den übrigen Untersuchungen zu festen Ergebnissen gelangt, die noch einmal kurz zusammengefaßt werden sollen.

Wir haben erkannt, daß die sogen. „liquiden Mittel" für die Aufrechterhaltung der Liquidität weniger Bedeutung haben, als vielfach angenommen wird. Es hat sich nämlich gezeigt, daß diese „liquiden Mittel" während eines Konjunkturrückganges zum großen Teil illiquide sind, und die Anlage fremder Gelder in den als liquide geltenden Positionen, vor allem in guten Handelswechseln, in Reports und Lombards und in Effekten in solchen Zeiten fast unmöglich ist. Wir haben weiter gesehen, daß die „liquiden Mittel" in noch größerem Umfange unverwertbar sind, wenn alle Banken gleichzeitig von einem Run betroffen werden.

Die Banken müssen daher in Zukunft andere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Liquidität treffen. Diese dürfen nicht in erster Linie darin bestehen, hohe Liquiditätsreserven anzusammeln für den Fall, daß ein Run eintritt, sondern sie müssen darauf ausgehen, den Eintritt eines Runs von vornherein zu verhindern. Zu diesem Zweck müssen die Großbanken auf eine Erhöhung ihres Eigenkapitals und auf die Hereinnahme solcher fremder Mittel bedacht sein, die bei politischen oder wirtschaftlichen Vertrauensstörungen nicht sofort abgezogen werden. Das Liquiditätsproblem liegt also vornehmlich auf der Passivseite und nicht auf der Aktivseite der Bilanz. Ist aus irgendwelchen Gründen eine Stärkung der eigenen Mittel nicht möglich und fließen den Banken langfristige Gelder oder solche kurzfristige Inlandsgelder, von denen angenommen werden kann, daß sie nicht sehr stark fluktuieren, nicht zu, so ist auf eine weitere Ausdehnung des Geschäftes zu verzichten, und zwar nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Kunden. Es ist nämlich besser, die Wirtschaft mit weniger Kredit zu versorgen, als ihr den mit Hilfe kurzfristiger Auslandsgelder reichlich gewährten Kredit plötzlich zu entziehen, da ein solches Vorgehen zum Zusammenbruch zahlreicher Unternehmen führt.

In Zukunft müssen die Banken dann auch dafür Sorge tragen, daß die von ihnen kurzfristig hereingenommenen Gelder nicht zur Finanzierung von Anlagen verwendet werden. Es ist zu diesem Zweck eventuell erforderlich, den Banken ein größeres Kontrollrecht darüber einzuräumen, in welcher Weise die von ihnen gewährten Kredite Verwendung finden.

Damit die Kritik an der Liquiditätspolitik der Banken zeitig einsetzen kann, ist ein Ausbau der Zwischenbilanzen notwendig. Es müssen eingehendere Gliederungen hinsichtlich der Kreditoren und der Debitoren, insbesondere nach Größenklassen und nach Art und Branche, bei den Debitoren auch nach der Fristigkeit, vorgenommen werden. Inlands- und Auslandskreditoren müssen getrennt ausgewiesen werden. werden. Ebenso ist es erforderlich, daß auch die übrigen Positionen schärfer gegliedert werden, so z. B. die Position „Wechsel" unter dem Gesichtspunkt, in welcher Höhe es sich bei den ausgewiesenen Beständen um reichsbankfähige und in welcher Höhe es sich um nichtreichsbankfähige Papiere handelt.

Lebenslauf.

Am 3. November 1906 wurde ich als Sohn des Prokuristen Ludwig Schneider in Biedenkopf (Hessen-Nassau) geboren. Vom 6. bis 10. Lebensjahre besuchte ich die Volksschule meines Geburtsortes und daraufhin das Staatliche Gymnasium in Dillenburg. Am 25. Februar 1927 erhielt ich das Reifezeugnis dieser Anstalt.

Nach 2jähriger Tätigkeit im Bankfach bezog ich im S.S. 1929 die Universität Bonn und im S.S. 1931 die Universität Rostock. Hier legte ich am 21. Juli 1932 die Diplom-Prüfung für Volkswirte ab. Bei der Universität Rostock blieb ich weiterhin bis zum Beginn des W.S. 1933/34 immatrikuliert.